Deutscher Verkehrsbund

Erscheint wöchentlich / Bezugspreis: Vierteljährlich 3 Reichsmark / Die Einzelnummer —,30 Reichsmark

Zentralorgan für die Interessen der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger

Redaktion u. Exped. Berlin SO 16 Michaelkirchpl. 1. Tel.: Moritzpl. 950, 10670. / Redaktionsschluß 8 Tage vor Erscheinen des Blattes

Nummer 27 • Berlin, den 2. Juli 1927 • 5. Jahrgang

Philister über dir, Regierung.

Der Industrie- und Handelstag hat der Reichsregierung das Vertrauen ausgesprochen — und damit ist sie gerichtet. Will man die Kräfte, die im Industrie- und Handelstag wirken, auf einen Nenner bringen, so nennt man sie am besten „nationalliberal". Wie jene Partei weder liberal war, noch die Nation vertrat, so wenig wie ihre Nachfolgerin, die Deutsche Volkspartei, etwas mit dem Volk zu tun, noch den Auftrag hat die Deutschen zu vertreten, so wenig ist der Industrie- und Handelstag die Vertretung von Industrie und Handel, sofern man nicht allein den Unternehmern das Recht zugesteht sich „Wirtschaft" zu nennen. Der Industrie- und Handelstag vertritt nur Unternehmerinteressen und deshalb schließt sein Vertrauen zur Reichsregierung ein

Mißtrauensvotum der Arbeiter

ein. Eine Regierung die sich das Vertrauen der Geldmacher aus Industrie und Handel verdient hat, muß die Arbeiterinteressen mit Füßen getreten haben. Wir brauchten zu dieser Erkenntnis zwar nicht das Eingeständnis der Unternehmer, aber es ist ganz gut, daß es in so unverblümter Weise gegeben wurde. Daß die Herrschaften darüber hinaus noch einen Sack voll Wünsche haben, versteht sich ohne weiteres. Sie sind die Klasse der Unersättlichen. Die Forderung nach einer engeren Verbindung der „Wirtschaft" mit den Gemeinden, deren „Selbstverwaltung" erhalten bleiben muß (nämlich überall wo die „Wirtschaft" die „selbstverwaltende" Gemeinde in der Hand hat), ist eine Warnung und zeigt welchen Weg die „Wirtschaft" gehen will, noch größeren Einfluß zu gewinnen. Man darf sich nur nicht durch schöne Worte auf dieser Tagung täuschen lassen. Der Reichswirtschaftsminister Curtius schilderte als Ziel der Rationalisierung „eine

Vergrößerung des Absatzes

auf der Grundlage verbilligter Gütererzeugung. Preissteigerung führt zu keiner Besserstellung der Bevölkerung und muß den Absatz nach dem Ausland schmälern." Das hört sich ganz nett an, aber wann wird das Ziel erreicht werden? Herr Duisberg, der den Männern des Industrie- und Handelstags mehr gilt als der Minister, „erwartet" die Erfolge der Rationalisierung erst in fünf bis zehn Jahren, und er hat noch nicht gesagt, wer dann die Erfolge ernten soll. Was will es sagen, daß Herr Curtius die Erhöhung der Kohlenpreise verhinderte, und der geplanten Eisenpreiserhöhung dasselbe Schicksal wünscht. In dem Augenblick, wo es den Eisen- und Kohlenbaronen gut dünkt, werden sie für die Erhöhung der Agrarzölle und dann die Agrarier für die Preiserhöhung auf Kohlen und Eisen eintreten. Herr Curtius mag es gut meinen, wenn er die Resultate der Weltwirtschaftskonferenz preist, aber schon sagt sein agrarischer Ministerkollege Schiele, daß die Genfer Beschlüsse falsch ausgelegt würden. Wer auf Deutschlands Zustimmung vertraut, darf nicht vergessen, daß es das Land ist in dem alles für jeden so gilt

wie er es auffaßt.

Während Herr Curtius für Einschränkung der Zölle eintritt, verlangen seine deutschnationalen Ministerkollegen Erhöhung der Zollmauern. Eine Kollision zwischen volksparteilichen Ministern und deutschnationalen Ministern ist ein Zusammenstoß irdener und eiserner Töpfe. Die volksparteilichen Minister sind wie ihre Wähler, leisetreterische Anhänger der spießbürgerlichen Mitte, die nicht gern Anstoß geben, sondern sich nach Möglichkeit einen „liberalen" und einen nationalistischen Ausweg offen halten. Sie werden niemals zugeben, daß sie in irgend einer noch nicht entschiedenen Frage so oder so gesagt haben. Während der bedauernswerte Herr Stresemann zu seinem Genfer politischen Mißerfolg nicht Weiß oder Schwarz zu sagen wagt, verdammen die Deutschnationalen die Ergebnislosigkeit der Genfer politischen Verhandlungen und verkünden Locarno sei ex. Und während Herr Curtius auf der Tagung sagte, der „Unterschied" zwischen den Industriezöllen und Agrarzöllen, solle durch Abbau der Industriezölle und nicht durch

Erhöhung der Agrarzölle

herbeigeführt werden, sagt Schiele auf einer Agrartagung genau das Gegenteil, und die Regierung schlägt die **Erhöhung der Zölle auf Kartoffeln, Schweinefleisch und Zucker** vor. Sie hat diese Zollerhöhungen beantragt an demselben Tag als Stresemann vor dem Völkerbund die Beschlüsse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz auf Beseitigung der Zollmauern einen großen Erfolg nannte. Die deutsche Regierung machte eine Verbeugung vor den Genfer Beschlüssen und versprach die Zollmauern abzubauen. Max Marburg nennt das bissig: „Schutzzoll per Kasse und Freihandel auf Termin." Das Ausland schüttelt die Köpfe. Die sprichwörtliche „deutsche Treue" ist längst flöten: Unzuverlässigkeit, dein Name ist Deutschland. Herr Curtius möchte den Außenhandel fördern, Herr Schiele ihn einschränken. Das gute Geld, das für Bananen und Apfelsinen ins Ausland geht, könnte doch für Schieles Kartoffelschnaps angelegt werden. Herr Curtius sagt, wir müssen Rohstoffe und Nahrungsmittel einführen. Herr Schiele hat gegen die Ausfuhr zwar nicht viel einzuwenden, es darf sogar das für die Ernährung der deutschen Bevölkerung unentbehrliche Getreide sein, aber die Einfuhr, besonders von Lebensmitteln ist ihm ein Aergernis (was Witthoeft in der J. und H. eine

„kleinbürgerliche, enge Anschauung"

nannte). Die Einfuhr von Lebensmitteln ist nach Schiele entbehrlich und muß durch Zölle verhindert werden. Er sagt nur nicht, wer sie nun entbehren soll. Die Kartoffeln sollen durch Verdoppelung des Zolls verteuert werden, die Schielemänner behaupten, die Zollerhöhung um nur 100 Prozent sei eine Brüskierung der Landwirtschaft. Der Brotpreis ist um 65 Prozent gestiegen, auch das genügt dem Schiele noch nicht. Wer aber lebt denn hauptsächlich von Kartoffeln und Brot: doch nur der Arme, dem man erst das Fleisch verteuerte, daß er, um seinen Nahrungsbedarf zu decken, zum Genuß von Gemüse überging, dem man dann das Gemüse verteuerte, daß er sich auf Kartoffeln und Brot beschränkte und dem man nun durch Unterbindung der Einfuhr von Kartoffeln und Brot nur die Wahl läßt zu zu verhungern ... im Zeichen der Genfer Weltwirtschaftskongreßbeschlüsse, die von der Schieleregierung als erste mit lautem Jubelruf begrüßt wurden. Lüge, dein Name ist Deutschland. — Wenn es auch aussieht, als ob in Hamburg, wenigstens wirtschaftspolitisch, klüger geredet wurde als auf der landwirtschaftlichen Tagung von dem deutschnationalen Minister Schiele, so darf man darauf doch keine Häuser bauen. Der „Industrie- und Handelstag" ist die Spitzenorganisation der Industrie- und Handelskammern und deshalb mußte auf seiner Tagung den zollverärgerten Händlern eine Konzession gemacht werden. Herr Minister a. D. Hamm dämpfte schon die Hoffnungen auf Freiheit des Handels. Er hat nichts (natürlich nicht) gegen Festigung und Steigerung der Kaufkraft und des Reallohns (dies führen die Unternehmer bekanntlich durch die berühmte „Senkung der Preise" herbei, die eine Lohnsteigerung erübrigt), aber die Wirtschaft könne sich nicht auf den Binnenmarkt stützen, deshalb müsse der Export von Fesseln befreit werden, sein Ziel sei aber nicht der Freihandel. So kam man wieder der Industrie entgegen, doch kam die auch noch andersartig auf ihre Kosten. Herr Warburg beklagte sich über die „hohen Lasten", die mehr als die Zölle den Export hindern. „Unsere

teuere Wirtschaftsführung

ist zum großen Teil der Dawes-Belastung zuzuschreiben", sagt Warburg. Es ist seltsam, daß diese Klageweiber es immer unterschlagen, daß Deutschland durch seine deutschnationale Steuerpolitik diese Daweslast selbst noch steigerte. „Wir arbeiten noch zu teuer. Erfolgreich haben wir angefangen, die Industrie zu rationalisieren, aber die Rationalisierung hat sich noch nicht zu einer Preisermäßigung auswirken können, infolge der

Arbeitszeitbeschränkung und Steuerlast"

— sagt Herr Bankier Warburg. Es hieße die geistigen Qualitäten des erfolgreichen Bankiers verletzen, wenn wir behaupteten er wisse es nur nicht, daß sich die Rationalisierung schon in höheren Dividenden auswirke und deshalb für den Konsumenten keinen Vorteil brachte. Wir werden allerdings an seinen Qualitäten irre, wenn er wie jeder kapitalistische Klopffechter und journalistische Kettenhund die „Arbeitzeitbeschränkung" als Ursache unserer „teueren Wirtschaftsführung" denunziert. Was hat ein Warburg in diesem Sumpf zu suchen? Es kam aber noch schlimmer: Was bedeutet die Rationalisierung ... wenn wir eine **Sozialversicherung** haben, von deren Endleistungen wir nichts entbehren wollen, die aber so teuer arbeitet, daß auch sie danach schreit, **von privater Hand** unter staatlicher Aufsicht (!) besorgt zu werden." Wir beneiden den Hamburger Millionär um sein gutes Gehör. Wir haben bisher nur gehört, daß es höchste Zeit sei, dem Vorrecht der „privaten Hand" in der Unfallversicherung endlich ein Ende zu machen. Die Sozialversicherung in „privater Hand", das bedeutet aus ihr ein Bankgeschäft zu machen, aus dem die Unternehmer Profit ziehen und die Arbeiter einzahlen ohne jede, oder gegen sehr sehr geringe Gegenleistungen. Wir halten es für notwendig dies Gesicht des Industrie- und Handelstages zu zeigen, das hinter allgemeingültigen, wirtschaftspolitischen Redensarten über Zollabbau — wie sie ihn auffassen — verborgen wird. Der letzte Redner der Tagung zerriß den letzten Schleier. Herr Reichsminister a. D. Hamm, Manager des Industrie- und Handelstags, verkündete „Forderungen an den Staat". Hatte schon der Mannheimer Handelskammersyndikus Vögele erklärt, daß (wie eine wirtschaftliche, auch) eine sozialpolitische Autarkie unmöglich sei — mit andern Worten: so lange nicht die ganze Welt z. B. den Achtstundentag einführt, müssen die deutschen Arbeiter auch verzichten —, und daß Deutschland eine Sozialpolitik und Steuerpolitik treiben müsse, mit der die Unternehmer zufrieden sind, so verstieg sich Herr Hamm zu der Behauptung:

Deutschlands Sozialaufwand beträgt fünf Milliarden Mark.

Vor einigen Wochen log die Borsigvereinigung erst 4,3 Milliarden zusammen. Wir erwarten, daß in den nächsten Wochen irgend eine Kreatur die Sozialbelastung auf sechs Milliarden steigen lassen wird. Es kommt im Land der Dichter auf ein Märchen mehr wirklich nicht an. Selbstverständlich

ließ Herr Hamm es im Anschluß an seiner „Feststellung" nicht an der üblichen Mahnung fehlen. Das sind die Leute, die der Reichsregierung ihr Vertrauen aussprachen. Philister über Dir, Regierung und ob du lange Simsonhaare hast oder Bubikopf trägst oder mit einer Plantschwiese begnadet bist: Der Arbeiter weiß, daß du in unzerreißbaren Kapitalistenbande verstrickt bist. Du kannst nicht anders, Reichsregierung, als den Kapitalisten dienen. Du spannst zwar nicht dich selbst ins Joch, sondern die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Damit gibst du uns aber auch das Recht und die Pflicht, das triumphale Gebäude zu stürzen, das dich zerschmettern wird. Wir werden nichts unterlassen, die Arbeiterklasse so stark wie nur irgendmöglich zu machen. Wir sagen ihr immer wieder, daß ihr

Versklavung droht,

wenn sie sich nicht als **organisierte** Macht zur Schlacht stellt. Wie lange wollt ihr **Unorganisierten** noch schlafen? Wollt ihr warten, bis die Unternehmer euch mit dem höhnischen Ruf wecken:

Philister über dir, Riese Arbeiter?

Zauderer und Helden.

Von Franz Anton Bechtold, Volkswirt RDV.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Im großen und ganzen: Der Zauderer wird nicht gerühmt. Die römischen Geschichtsschreiber aber berichten, daß Quintus Fabius Maximus durch seine Zurückhaltung dem Staate genützt habe. Er erhielt den Beinamen: Cunctator (gleich: der Zauderer), weil er im zweiten Punischen Krieg Hannibal durch geschicktes Ausweichen ermüdete und schwächte. Hier soll nicht erörtert werden, ob es nicht andere, wirksamere Mittel gegeben hätte, Hannibal mürbe zu machen, wir übernehmen einfach die geschichtliche Tatsache: Quintus Fabius Maximus griff nicht an, sondern umging den Feind, wich ihm aus, ließ sich suchen. So gesehen, erscheint er als eine durchaus passive Natur. War er dies aber wirklich?

Ohne nähere Kenntnis seiner Veranlagung und seines Denkens läßt sich dies nicht sagen. Aus seinem Verhalten im Krieg geht nur hervor, daß er ausbog, sich nicht zum Kampf stellte, nicht zugriff oder nicht angriff. War er der Ueberzeugung, daß er in offener Feldschlacht nicht siegen oder selbst durch äußerst geschickte Angriffe nicht vorwärtskommen konnte, so war es seine Pflicht, nach anderen Mitteln der Bezwingung Hannibals zu suchen. Dieses andere Mittel war: die Ermüdungsstrategie (gleich: dem Feinde grundsätzlich und planmäßig aus dem Wege zu gehen). Ich halte die Uebersetzung des lateinischen Wortes „Cunctator" in „Zauderer" nicht für gut; jedenfalls nicht für diesen Quintus Fabius Maximus. Dem Zauderer fehlt es an Mut, an Ueberwindung der Unlust. Der Zauderer ist voller Hemmungen. Er entschließt sich, zuzugreifen, scheut aber vor der Tat zurück. Der Gedanke, „es könnte schief gehen", hemmt ihn immer wieder. Er fürchtet sich vor der Gefahr des Schiefgehens. Zaudern aber ist etwas ganz anderes als Ausweichen. Der Zauderer kommt aus den Bedenken nicht heraus oder ihn übermannt die Furcht. Wer aber ausweicht, ausbiegt, sich gewandt vor Angriffen schützt, muß sehr viel bedenken, abwägen und klug handeln, also sehr aktiv im Denken und Handeln sein. Ausweichen und Ausbiegen ist oft der einzig mögliche Ausweg, nicht zu unterliegen oder unter die Räder zu kommen. Gewiß, manchmal ist auch der Angriff die beste Abwehr, aber wer es sich zum Lebensgrundsatz macht: „Die beste Parade ist der Hieb", kann dies schwer büßen müssen (schwer gehauen werden). Wenn sich die Lebenserfordernisse auf so einfache Formeln (wie: Die beste Parade ist der Hieb) bringen ließen, wäre die Erziehung der Menschen nicht schwer. Jeder hiebe dann kurzerhand auf den andern ein. Was dabei herauskäme, mag sich jeder selber ausmalen.

Ob ich im Kampf oben bleibe, hängt nicht nur von meiner Denk- und Handlungsweise ab, denn mein Gegner oder mein Feind denkt und handelt auch. Weiß er mehr und kann er mehr als ich, ist er klüger und fähiger als ich, so wird er mich über den Haufen werfen, wenn ich ihn angreife (nach dem Rat handle: Die beste Parade ist der Hieb). Ich muß also wohlweislich überlegen, wie ich mich zu meinem Gegner oder Feind verhalten soll. Nach reiflicher Ueberlegung werde ich ihn angreifen, ihm ausweichen, ihm ein gewisses Feld überlassen, mich teilweise oder ganz mit ihm verständigen. Wenn ich so denke und handle, so denke und handle ich durchaus aktiv. Jedenfalls: mein Ausweichen, mein Rückzug, meine Nachgiebigkeit braucht nicht auf Denk- und Handlungsschwäche zurückzuführen sein. Im Gegenteil: ich kann dabei viel aktiver sein als mein Gegner oder Feind, viel mehr denken und handeln als er. Wer in der Uebermacht ist, hat es im allgemeinen leichter (viele Hunde sind des Hasen Tod). Im Leben der Völker, in der Wirtschaft und Gesellschaft kommt es immer auf den Erfolg an, nicht darauf, ob mutig und beherzt angegriffen oder ob ausgewichen, gezögert oder zurückgewichen wurde (wer zuletzt lacht, lacht am besten). Mutiges Angreifen und bedächtiges Ausweichen sind nicht schätzenswerte oder unwerte Eigenschaften an sich. Nur in einem bestimmten Fall, in einem gewissen Zusammenhang läßt sich über ihren Wert und ihre Bedeutung Wichtiges, Zweckmäßiges, Sinnvolles aussagen. Je heikler, schwieriger eine Angelegenheit ist, um so sorgfältiger muß man sie bedenken und um so klüger sich verhalten. Es ist zweck- und sinnlos, dem Blitz und Donner entgegenzutreten, dem Sturm Halt zu gebieten, den Naturgewalten sind wir nicht gewachsen. Aber: wir können den Blitz durch besondere Anlagen anziehen und so ableiten, also ungefährlich für uns machen. Wer ein solches Mittel wie den Blitzableiter erdenkt, schafft Wertvolleres, als wer sich mutig von ihm gefährden läßt.

Aktivität und Mut erfrischen, beleben, heben die Kräfte, sie machen Ungeahntes möglich. Dessen werden wir uns in Augenblicken besonderer Leistung erst recht gewahr. Als gemeldet wurde, daß der zweite Flieger aus Amerika das Meer überflogen und in Deutschland angekommen sei, ging eine Belebung sondergleichen durch die geistig regsamen Menschen. Das ist das Große und Erhabene an solchen Ereignissen, daß sie aus dem Erdendunst emporreißen, die Menschen in Schwingungen versetzen, Hochgefühle wecken und heben, die Seele und den Körper aufs höchste spannen, erregen und beseeligen. Bei manchen Menschen erregen sie vielleicht nur Verwunderung oder Bewunderung, viele aber werden durch sie in Gefühlserregungen und Gefühlswallungen versetzt, für die uns die zutreffenden Worte fehlen. Schon das ist wertvoll, daß viele Menschen solche Hochgefühle kennen und kosten lernen. Aber damit ist nur ein gewisser Teil des Wertes solcher Ereignisse angedeutet. Bei schöpferisch veranlagten Menschen regen solche Taten zu besonderem Tun an. Was, oberflächlich betrachtet, nur als eine Höchstleistung eines oder mehrerer Menschen erscheint, wächst sich zu allgemeineren Leistungen aus. Zuerst flog nur einer, dann zwei zusammen; die zweie flogen länger. Bald wird mehr und Größeres daraus entstehen.

Wie immer sich auch das Flugwesen entfalten möge, die in die Tat umgesetzte Aktivität dieser Ersten, ihr Mut und ihre Ausdauer wird andere anspornen, auf anderen Gebieten vorzurücken und unerwartete Leistungen zu vollbringen. Weil das nicht sofort zu sehen ist, fragen miesepetrische Menschen nach dem Sinn solcher gewagten Flüge und sie lächeln oder ärgern sich über ihre Mitmenschen, die dadurch freudig erregt werden und sich zu begeisterten Huldigungen aufschwingen. Auch wer sich nicht an den Huldigungen beteiligt, tut gut daran, der Höchstleistung sich hinzugeben, sie verstehen und ihre Bedeutung ermessen zu lernen. Das wird für alle Fälle ein Gewinn für das Leben sein. Wer sich dem großen Ereignis hingibt, es in sich aufnimmt und stark auf sich wirken läßt, macht sich eindrucksfähiger. Damit ist der Anfang zu besserer Ausdrucksfähigkeit gemacht. Wer Dinge, Verhältnisse, Zustände besser ausdrücken möchte, muß sie besser erfaßt haben. Wer einmal ein großes Erlebnis gründlich durchgekostet hat, wird ein anderes eher nachempfinden, nachfühlen und beurteilen lernen. Hochbedeutsame Einzelereignisse wachsen sich so zu allgemeineren aus, und das gilt es besonders festzuhalten.

Wie sieht es wohl in der Seele eines so überaus wagemutigen Menschen aus? Vor allem eins: Weil kein Mensch dem anderen seelisch und körperlich ganz gleich ist, sind auch die seelischen und körperlichen Vorgänge bei den einzelnen verschieden. Wir nennen äußerst Wagemutige, ohne Bedenken Zugreifende tollkühn, wenn das Unternehmen aller Berechnung nach mit gefährlichen Verletzungen oder dem Tode endet. War die Ueberlegung gut, die Gefahr groß und die Leistung wertvoll, sprechen wir von einem Helden. Siegen kann auch einer von zweien oder mehreren. Die Luftfahrer, die die großen Erstleistungen vollbrachten, gehören in die Reihe der Helden. Von Tollkühnheit kann man bei den hervorragenden Luftflügen nicht sprechen, weil größere Luftreisen schon unternommen und geglückt waren. Der Held überlegt, bedenkt, greift zu und hält aus. Der Tollkühne geht mehr unbedenklich, ruckartig, stoßartig vor.

Je nachdem ein zu Heldentaten Neigender mehr Außen- oder Innenmensch ist, wird das Unternehmen mehr auf äußere Ehren oder inneres Erleben abgestimmt sein. Einem mag es genug sein, daß er es war, dem es gelang, eine bestimmte Tat zu vollbringen. Ein anderer wünscht sehnlichst, daß er anerkannt und gefeiert wird. Einer ringt sich seinen Entschluß zur Tat nach langen Ueberlegungen ab; er bedenkt alles: die Schwierigkeiten, Gefahren, Folgen (für sich und andere), und er bereitet alles aufs sorgfältigste vor. So schafft er in sich einen Halt, der ihm eine eigenartige Kraft zur Ausführung gibt. Er lächelt, wenn er von anderen auf die Schwierigkeiten und Gefahren seines Unternehmens aufmerksam gemacht wird, denn er hat sie ja schon bedacht und gründlicher bedacht als die Warner. Er hat jenes Etwas in sich geschaffen, das nur der kennt, der aus eigener Ueberlegung heraus etwas Besonderes vollbrachte: Etwas Besonderes tat oder auf etwas Besonderes verzichtete. So denkt und handelt der auf große Erlebnisse ausgehende, nach dem Gleichgewicht ringende Innenmensch. Er beurteilt sein Wagnis

Brenscino.

Locarno, die südlichste Stadt Tessins in der Schweiz, ist heute in Deutschland allgemein bekannt. Durch die Verhandlungen der interessierten Regierungen über die Durchführung des Dawesplans bzw. die ausführliche Besprechung der Beratungen durch die Presse weiß heute in Deutschland jeder Mensch, daß Locarno am Lago Maggiore (Langer See) liegt, ein günstiges warmes Klima hat und daß es sich dort sehr gut leben läßt zu einer Jahreszeit, wenn es bei uns in Deutschland noch stürmt und schneit.

Nicht aber bekannt ist es, daß etwa eine halbe Wegstunde mit dem Auto oder in einer Stunde mit dem Schiff von Locarno entfernt ebenfalls an dem schönen Lago Maggiore der Ort Brissago liegt und daß eben dort der „Schweizerische Eisenbahner-Verband" ein Erholungsheim erworben hat, um seinen Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, sich während ihrer Ferien dort von den Strapazen des anstrengenden Dienstes zu erholen und neue Kraft für den künftigen Dienst zu sammeln.

Dieses Erholungsheim heißt Brenscino. In geradezu entzückender Lage am Abhang des 2400 Meter hohen „Monte Ghiridone", etwa 500 Meter über dem Meeresspiegel befindet sich das stolze imposante Eisenbahnerheim Brenscino. Der Reisende, der mit dem Schiff von Locarno kommend Brissago ansteuert, ist geradezu hingerissen von dem Anblick, der sich ihm bietet, wenn er das Auge über die Höhe schweifen läßt und hoch oben den stolzen Bau erblickt.

Als die Eisenbahner der Schweiz vor Jahren dieses Heim erworben haben, hat dasselbe allerdings wesentlich anders ausgeschaut. Der sich dem entzückten Auge zeigende gewaltige Bau mit seinen schönen, künstlerisch angelegten Terrassen und gärtnerischen Anlagen ist in der Hauptsache erst nach der Erwerbung entstanden. Die Eisenbahnerorganisation hat für die Errichtung bzw. den Ausbau annähernd 1½ Millionen Franken aufgewendet, die zu einem großen Teil bereits wieder abgetragen sind, weil die Frequenz durch die Eisenbahnbeamten und -angestellten eine sehr starke ist, so daß das Heim auch während der sogenannten toten Saison (Juni bis September und Dezember bis März) fast immer vollständig besetzt ist.

Die Einrichtung und die Verwaltung des Heims ist geradezu mustergültig. Das Heim kann 150 Gäste aufnehmen. Die Wohnzimmer — mit einem oder zwei Betten — sind zwar nur einfach eingerichtet, ohne überflüssigem Konfort, aber doch so, daß sich jeder Gast darin sehr wohl fühlt. Der gemeinschaftliche Speisesaal ist, geräumig hell, luftig und bequem, zu ebener Erde angelegt. Ebenso sind die übrigen gemeinschaftlichen Aufenthaltsräume, Schreibzimmer usw., nett und gemütlich eingerichtet, so daß der Aufenthalt in ihnen ein wirklich angenehmer ist, wenn — was allerdings äußerst selten vorkommt — das Wetter den Aufenthalt im Freien unmöglich macht. Die Verpflegung ist ganz vorzüglich, abwechselungsreich und reichlich, so daß auch derjenige, der große Ansprüche an die Verpflegung stellt, auf seine Rechnung kommt, und sehr preiswert; man kann sagen, im Vergleich mit den Pensionspreisen in Deutschland, billig.

Ueberhaupt ist die ganze Verwaltung des Heims, die in den Händen des Herrn Direktor Suter liegt, eine durchaus vorbildliche und über jeden Tadel erhaben. Die peinlichste Sauberkeit und Ordnung innen und außen bietet die Gewähr dafür, daß die Gäste sich wohlfühlen und dennoch die größte Bewegungsfreiheit genießen. Die Einrichtung ist nicht etwa in Vergleich zu stellen mit solchen, wie sie in Deutschland von Krankenkassen und anderen sozialen Korporationen errichtet sind.

Ueber die Reize der Schweizer Gebirgswelt ist so viel von Befugteren geschrieben, daß es sich erübrigt, das Thema eingehender zu behandeln. Aber die Schönheit des Lago Maggiore, eingerahmt von sanft ansteigenden Bergen, die immerhin bis zu 2400 Meter ansteigen, ist einzig in ihrer Art. Die durchaus südliche üppige Vegetation — es wachsen dort Orangen, Oliven, Eukalyptus, Musa, Feigen, sogar Bananen im Freien und ganze Wälder echter Kastanien —, die immer scheinende Sonne und die wunderbare reine völlige staubfreie Gebirgsluft machen das Brenscino, den unbestritten schönsten Aussichtspunkt am ganzen See, zu einem Paradies. Außerdem befindet sich ganz in der Nähe des Heims im Sacromantetal die vorzügliche mineralhaltige Stahlquelle „Fonte Vittoria", die bequem in fünf Minuten zu erreichen und kostenlos zu benutzen ist.

Wer der Ruhe und Erholung bedürftig ist, wer mehr Gewicht auf sein körperliches und geistiges Wohlbefinden legt als auf Komfort und Vorführung moderner Toiletten, der genieße den Aufenthalt in Brenscino. Mir war es vergönnt, Erholung in Brenscino zu suchen und zu finden, und ich kann jedem Kollegen, der es irgend möglich machen kann, raten, meinem Beispiel zu folgen. Die Mitglieder des Deutschen Verkehrsbundes, die durch die ITF. mit dem schweizerischen Eisenbahner-Verband in einer internationalen Verbindung stehen, genießen den Vorzug der Preisberechnung, wie sie die Mitglieder des schweizerischen Eisenbahner-Verbandes erhalten. Ich bin gern bereit, Kollegen, die die Kosten für einen längeren Aufenthalt nicht scheuen, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

J. Döring.

Arbeiter, Bücher und Bildung.

Noch vor rund zwanzig Jahren gehörte es zu den Seltenheiten, daß der Arbeiter eine irgendwie nennenswerte Bücherei sein eigen nennen konnte. Zumeist fehlte es ihm an dem dazu nötigen Geld, und das Wenige, das er an Lohn erhielt, reichte nun gerade so hin, um die dringendsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Hatte er wirklich einmal ein paar Pfennige erübrigt, dann dachte er meistens zuallerletzt an das Anschaffen von Büchern. Die überlange Arbeitszeit ließ ihm zudem auch nur sehr wenig freie Zeit übrig, und wenn er Freizeit hatte oder gezwungenermaßen feiern mußte, dann war ihm der Kopf gewöhnlich voll mit andern Sorgen als solchen um neue Bücher. Wer von Natur aus ein Bücherwurm war, der fand Mittel und Wege, sich Bücher zur Unterhaltung oder Belehrung zu verschaffen. Es gab auch damals schon sehr viele öffentliche Bibliotheken, und auch mancher gute Freund hatte das eine oder das andre Buch in seinem Besitz, das er meistens freundwillig seinem Arbeitskameraden lieh. Die Freude am Besitz des eignen Buches aber war nur verhältnismäßig wenigen eigen. Erst ganz allmählich hat sich im Laufe der Jahre das Bedürfnis für den Bücherbesitz vermehrt, so daß man heute vielleicht getrost behaupten kann, der größte Teil der aufgeklärten organisierten Arbeiter hat eine, wenn auch noch so bescheidene eigne Bücherei, ja, es gibt sogar eine ganze Anzahl, die schon ziemlich ansehnliche Bücherbestände in ihrem Besitz haben.

Viel haben zu dieser Entwicklung besonders auch die Buchgemeinschaften beigetragen, die einen regelmäßigen Beitrag erheben und dafür, meist alle Vierteljahr, ein gutes Buch liefern. Die organisierten Buchdrucker zum Beispiel haben sogar eine eigne Buchgemeinschaft ins Leben gerufen, die Büchergilde Gutenberg, die einen Monatsbeitrag von 1 M. erhebt und dafür unstreitig nicht nur inhalt-

nach der Stimme seines Gewissens. Wohl wägt er das Für und Wider des Gelingens ab, er überlegt aber auch, ob er es vor seinem Gewissen verantworten kann.

„Kurzen Prozeß" macht ein anderer. Er geht vor, mögen auch andere sagen, sein Fall verhalte sich wie 1 : 100. Für ihn ist das Verhältnis anders. Wohl hört er, wie man seine Möglichkeiten ein- oder abschätzt. Die anderen halten das Gelingen für unwahrscheinlich, er es für wahrscheinlich (wenn er auch äußerlich selber die geringen Aussichten betont). Und das muß so sein. Sein Geist muß von dem Bewußtsein erfüllt sein: Es wird gelingen. Anspornend und anfeuernd auf ihn wirken: Lohn, Preis, Ruhm. Uebersehen wir nicht: die Aussicht auf all das hebt und stößt ihn.

Von dem Zauderer unterscheiden sich überlegende Helden dadurch, daß sie geordnet denken, planen und das Geplante seelenstark ausführen. Der Zauderer entschließt sich, das oder jenes zu tun, zuckt aber immer wieder vor der Ausführung zurück. Die seelischen Kräfte, die ihn hemmen, sind größer als die, die ihn vorwärtsdrängen. Im Zwiespalt um das, was geschehen soll, siegen die Hemmungen. Dem Zauderer gelingt es nicht, in jene Stimmung, jenes Gefühl hineinzukommen, wo man zupackt (startet). Der Held genießt Vorfreude, seelische Impulse eigener Art. Sie treiben ihn zum Angriff, zum Gestalten, zum An- und Aufstieg. Er möchte zeigen, was er allein vermag. Vielleicht erlebt er vor dem Beginn Entzückungen, oder von dem gelobten Land seiner Wünsche aus sieht er die vollbrachte Tat vor sich. Indem er sich das Gelungene, das Große, Schöne, Erhabene vorstellt, erscheinen ihm die Schwierigkeiten kleiner und kleiner. Der Zauderer erlebt nicht jenes köstliche Gefühl des Vorgenusses, und wenn sich Ansätze dazu in ihm regen, werden sie rasch wieder von beengenden Gefühlen verdrängt. Er kommt nicht über ein gewisses Etwas hinaus; wenn er „das gelobte Land" sieht, entschwindet es ihm rasch und ein Gefühl des größten Mißbehagens bleibt in ihm zurück. Bis er wieder aus diesem heraus ist, hat der Held seine Tat vollbracht.

Dem Zauderer erscheinen die waghalsigen Verunglückten im Geist und die, von denen man nicht erfuhr, was aus ihnen wurde. Er möchte Gewißheit haben, aber die kann ihm niemand geben. In großen Angelegenheiten bangt es ihm vor dem „Vielleicht". Im kleinen wagt er nach und nach und nur bei ganz übersehbaren Angelegenheiten, geht behutsam vor. Im allgemeinen aber hinkt er hinterher und so ist sein Los, daß er das Nachsehen hat. Wer gewinnen möchte, muß wagen. Wer den Abstieg fürchtet, steigt nicht auf, und wer nicht aufsteigt, gibt die Möglichkeiten des Gelingens preis. Zum Führer eignet sich der Zauderer nicht. Allerdings, der Führer hat mehr zu bedenken und zu verantworten als der Held. Der Held wagt sich allein, der Führer hat an die Geführten und an sich zu denken. Der Held ist in sich und für sich, der Führer muß mit anderen sein, zuerst an die anderen und dann erst an sich denken. Mit dem Wohl der Geführten darf er nicht waghalsig umgehen. Sich darf ein einzelner opfern, nicht aber andere ohne die dringendste Not. Der Held ist bereit, sich zu opfern, und das ist es, was ihn erhebt über Raum und Zeit. Er kundschaftet neue Mittel, neue Wege zur Bezwingung der Naturgewalten aus. Er wagt nicht nur, sondern er hält auch aus.

Die neuen Flüge über das Meer sind besonders wegen der Ausdauer der Flieger bemerkenswert. Anderthalb bis zwei Tage die Hand am Steuer zu haben und dabei noch alle Schwierigkeiten zu bedenken und zu überwinden, die dem Flug hinderlich sind, das ist (im gesamten) eine Leistung ersten Ranges. Diese Flieger werden tatsächlich „alle Kraft" zusammengenommen haben, „die Lust und auch den Schmerz". Nur so konnten sie das große Werk vollbringen. Wenn auch die Folgenden sich aufraffen, aufpassen und sich zusammennehmen müssen, so können sie doch froheren Mutes an den Aufstieg gehen: andere haben es ihnen vorgemacht. Die Ersten haben gezeigt, daß es geht. Und das ist besonders wertvoll. Das Muster, das Beispiel ermuntert zur Nachahmung und zu größeren Leistungen. Manchem geben solche Beispiele neue Hoffnung, neuen Lebensmut zum Vorwärtskommen und Gedeihen. Auf alle Fälle: Durch Uebung und Ausdauer wird Staunenswertes geleistet.

„Immer der erste zu sein und vorzustreben den andern" ist ein erhabenes Ziel. Fügen wir hinzu: im Denken und Handeln, in der Gesellschaft, im Verkehr und in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und in der Praxis, in der Kunst und in der Technik, im Staat und im Beruf. Und die Pflicht für jeden: „Immer strebe zum Ganzen, und kannst du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes dich an!".

---

lich wertvolle Bücher liefert, sondern auch dem äußeren Gewande, dem Einband, und auch der inneren Ausstattung ein dem Inhalt entsprechendes Aussehen gibt. Besonders bemerkenswert aber ist es, daß die Buchdrucker ihre Buchgemeinschaft nicht auf den engen zünftlerischen Standpunkt aufbauten, sondern jedermann, der Gefallen an den von ihnen herausgebrachten Werken findet, in ihre Büchergilde Gutenberg für ein Einschreibegeld von 75 Pf. aufnehmen.

Der Gedanke, eine eigne Buchgemeinschaft ins Leben zu rufen und die andre Arbeiterschaft dazu einzuladen, ist von den Buchdruckern durchaus verständlich; wo anders, wenn nicht bei den Fachleuten, soll denn die Buchherstellung in bessern Händen liegen? Zudem sorgt ein Stab literarisch vorgebildeter Klassengenossen für eine Auswahl der Werke, der Gewähr dafür bietet, daß den Mitgliedern weder Schund noch Schmutz in die Hände gegeben wird. Steht doch an der Spitze dieses Stabes der in Arbeiterkreisen bestens bekannte Arbeiterdichter Ernst Preczang.

Es würde zu weit führen, wollte man alle Werke aufzählen, die bisher erschienen sind. Ein paar Namen von bekannten Autoren mögen genügen. Max Barthel, Armin T. Wegner, Ernst Preczang, Jack London, B. Traven, Mark Twain, das ist so der Stamm, um den sich die Werke gruppieren. Neuerdings erschien auch ein populär-wissenschaftliches Werk von Dr. T. Neyenberg: „Zeugung und Zeugungsreglung", das berechtigtes Aufsehen erregte, weil es die Dinge, die für viele bisher leider schamvoll verschwiegen gehalten wurden, in leicht verständlicher Weise ohne Prüderie zur Sprache bringt, Dinge, die allen oft genug auf der Seele brennen, über die aber nur selten gesprochen wird. „Erkenne dich selbst", diese Worte des Apollotempels in Delphi möchte man diesem Buche als Leitwort geben, weil nichts mehr zur Bereicherung des Wissens beiträgt als die Erkenntnis seiner selbst. Das eben ist ja das große Geheimnis unsrer „Gebildeten", daß sie neben ihrer guten Ausbildung auf höheren Schulen und Universitäten meistens über eine ansehnliche Bücherei verfügen, die ihnen nicht nur weitere Erkenntnisse vermittelt, sondern auch die bisher erhaltenen immer von neuem auffrischt. Darum sollte jeder Arbeiter, der es mit seiner geistigen Fortbildung ernst nimmt, mit allen Kräften danach trachten, möglichst in den Besitz einer eignen Bücherei zu kommen. Bücher vermitteln Wissen, Wissen erzeugt Bildung, und Bildung macht frei! Durch unsre eigne geistige Fortbildung können wir, jeder an seinem Teil, beitragen zur Befreiung der Arbeiterklasse. A. Gr.

Empor zum Licht!

Kein trotzig Schicksal beuge unsern Mut,
Im Herzen sprühe heil'gen Feuers Glut!
Der Brüder Qual ruft uns zum Freiheitskrieg —
Empor zum Licht — und unser ist der Sieg!

Der Liebe Purpurfahne stolz voran
Ziehen wir sieghaft unsre Sonnenbahn,
Ueber der Großen Haß, der Schwachen Neid,
Jauchzend hinein in die Unendlichkeit!

Ella Stern.

Moskau – London.

Es ist heute jedermann geläufig, daß der Weltkrieg um die Weltwirtschaftshegemonie geführt worden ist. Hierzu gehört in erster Linie die Beherrschung des großen Absatzmarktes Ostasien. Der Ausgang des Krieges hat jedoch Sieger und Besiegte dermaßen geschwächt, daß niemand mehr in der Lage ist, die erhoffte Stellung auf dem Weltmarkt in Ostasien in dem vor dem Kriege bekannten Umfange zu behaupten. Die Völker Asiens erwachen und sind dabei, ihre europäischen Bevormunder aus dem Lande zu jagen.

Der meist Leidtragende ist England, das Mutterland des modernen Imperialismus. Es sieht sich nicht allein um viele seiner imperialistischen Hoffnungen in Ostasien getäuscht, auch im Imperium selbst brodelt es allerwegen. England, das sich so gern über bolschewistische Grausamkeiten entrüstet, kann sich nur unter Anwendung derselben Mittel in Indien halten. Aber nicht allein in seiner Schatzkammerkolonie Indien, sondern überall, wo der Unionjack weht, sind die Völker nicht mehr zusammenzuhalten. In Südafrika erleben wir es gegenwärtig, wie über kurz oder lang die englische Oberherrschaft ihrem wohlverdienten Ende entgegengehen wird (?). In Aegypten liegen die Verhältnisse nicht anders.

In dieser schwülen Atmosphäre suchen die englischen Staatsmänner wie Ertrinkende nach dem rettenden Strohhalm. Dieser Strohhalm ist für das imperialistische England die Union der Sowjetrepubliken. Für alles Unbehagen macht man kurzerhand Sowjetrußland verantwortlich. Schnell werden einige Schauermärchen fabriziert, die der naive Spießer glaubt, und dann hofft man, ähnlich wie seinerzeit bei dem Sinowjewbrief, die ängstlichen Gemüter für alle reaktionären Machenschaften gefügig zu haben.

Betrachtet aus diesem Gesichtswinkel, findet man einen Anhaltspunkt für Englands Verhalten gegen Rußland. Zuerst der Einbruch in die russische Botschaft in Peking, dann die fieberhafte Tätigkeit der englischen Diplomatie auf der ganzen Welt, jede friedliche Entwicklung in Rußland zu stören. Da dieses alles noch nicht so recht zum Ziele führt, holte man zum schwersten Schlage aus, indem man die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands in der City lahmlegt. Gewiß, man ist schnell dabei, zu erklären, daß England nach wie zuvor bereit ist, mit Rußland Geschäfte zu machen. Wenn es um den Profit geht, dann betreibt England auch Handel mit dem Teufel.

England machte ein Sensationsmärchen über einen angeblichen Diebstahl eines wichtigen Dokuments aus dem englischen Kriegsministerium zurecht. Dieses Dokument mußte nun ausgerechnet in dem Gebäude der russischen Handelsdelegation in London liegen. Auf Grund dieser fadenscheinigen Unterlagen wurde in das Gebäude der russischen Handelsdelegation eingebrochen. Ein Subjekt, ein Angestellter der Handelsdelegation, den die englische Regierung sich vorher gekauft hatte, gab der Polizei die „Informationen", damit der Einbruch nicht ganz erfolglos verlief. Das Resultat ist nun folgendes: In einer großen Sicherheitskammer, Safe genannt, wurden photographische Apparate und ein Tisch nebst Stühlen gefunden. Der gruselnden Oeffentlichkeit wird darauf mitgeteilt, daß in diesem Raume der Umsturz der englischen Verfassung vorbereitet worden sei. In Wirklichkeit hat diese Sicherheitskammer überhaupt keinerlei Ventilation, so daß ein Aufenthalt darin vollständig unmöglich ist, und Tisch und Stühle wurden aus einem anderen Raum, um Platz zu bekommen, einfach dort untergestellt. Soweit diese sensationelle Entdeckung. Weiter wurden Unterlagen gefunden, wonach die russische Botschaft sich nach Moskau gewandt hatte, um von dort über die chinesischen Vorgänge für die englische Arbeiterpresse die Darstellung der Geschehnisse, wie man sie in Moskau kennt, zu erhalten. Das Wichtigste, was man fand, war ein Adressenverzeichnis über Mitglieder der Kommunistischen Partei, besonders in Südamerika.

Man hat in England gehofft, mit diesen Schlägen mehr zu erreichen, als erreicht worden ist. Man hoffte, mit dem bolschewistischen Schreckgespenst den Schlag gegen die Gewerkschaften unauffälliger durchzuführen. Die Nachwahl in Bosworth, wo der Kandidat der Regierung durchfiel, hat bewiesen, daß, wie man in England zu sagen pflegt: der Mann in der Straße sich nicht mehr verdummteufeln läßt. Soweit die eine Seite. Sehen wir uns die Dinge von einer anderen Seite an:

England hat mit Rußland ein Handelsabkommen getroffen, dessen wesentlichster Inhalt bestimmt, „daß die russische Handelsdelegation frei und ungehindert mit ihrer eigenen Regierung als auch fremden Regierungen per Post, Telegraph, drahtlos oder Kode verkehren darf und jede Woche durch einen Courier Post oder Dokumente im Gewicht von 3 Kilogramm versiegelt erhalten oder versenden darf, und daß letztere keiner Kontrolle unterzogen werden". Für den konservativen englischen Gentleman ist dieses Abkommen nur ein Fetzen Papier.

Würde man in Moskau nach derselben Methode gegen eine ausländische diplomatische Vertretung oder irgendeine Handelsgesellschaft ähnlich vorgehen, dann würde das Hallo über die bolschewistischen „Schritte und Methoden" in der sogenannten zivilisierten Welt kein Ende nehmen.

Die Maßnahmen, die Sowjetrußland gegenwärtig im Innern seines Landes ergreift, die Hinrichtung einer großen Anzahl Menschen, halte ich nicht für angebracht. Daß aber aus bestimmten Kreisen der russischen Emigranten unter tätiger Mithilfe westeuropäischer Regierungen alles getan wird, um die innere aufbauende Entwicklung Rußlands zu stören, dafür sind hinreichende Beweise vorhanden. Der treibende Faktor ist fast überall englisches Gold. Wenn man sich über die Maßnahmen, die Rußland gegenwärtig im Innern ergriffen hat, gegen die Hinrichtungen, entrüstet, eine Entrüstung, die die englische bürgerliche Presse besonders krokodilhaft zum Ausdruck bringt, dann soll man dieser heuchlerischen öffentlichen Meinung die Maske vom Gesicht reißen. Die englische Polizei hat bei dem Einbruch ein Adressenverzeichnis gefunden. Unter diesen Adressen befinden sich Namen von Kommunisten in Brasilien, Argentinien, Chile und Peru. Heute sind die Länder im Besitz der Adressen und es sind umfangreiche Verhaftungen erfolgt. Wer südamerikanische Gefängnisse kennt, der wird das Vorgehen der englischen Regierung zu würdigen wissen. Es steht darum weder der englischen Regierung noch der bürgerlichen Presse in England zu, sich über die Hinrichtungen in Rußland zu entrüsten, wenn man zu ähnlichen Maßnahmen die notwendigen Anweisunen gegeben hat.

Alles in allem, gleich wie wir dazu stehen mögen: hier London, das Wahrzeichen des Weltkapitalismus, dort Moskau, das Idol so vieler Proletarier.

Die Lehre, die wir aus diesem gewaltigen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit, in dem wir mitten drin uns befinden, zu ziehen haben, ist die, daß ohne Gesundung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung unsere Zukunft keineswegs rosig ist. Entweder die geschlossene Arbeiterbewegung beseitigt den Kapitalismus oder der Kapitalismus wird uns beseitigen. Dadurch gewinnt der Kampf zwischen Moskau und London internationale Bedeutung. In dem Konflikt London—Moskau stehen die klassenbewußten Proletarier ungeachtet der parteipolitischen Differenzen mit ihrer Sympathie bei den Russen. Th.

Lohnsteuererstattungen.

Der Voranschlag seit Monaten überschritten.

Im Jahre 1925 setzte die Sozialdemokratie durch, daß zuviel gezahlte Lohnsteuer infolge Verdienstausfalls oder bei geringer Leistungsfähigkeit auf Antrag des Steuerpflichtigen erstattet wird. Für das Jahr 1925 sind auf Grund dieser Bestimmung an drei bis vier Millionen Lohnsteuerpflichtige insgesamt 53,6 Millionen Mark Lohnsteuer zurückgezahlt worden. Diese Lohnsteuererstattungen haben auch für das Jahr 1926 große Bedeutung erlangt. Millionen Erwerbstätige, die im Laufe des Jahres 1926 nicht voll beschäftigt gewesen sind, aber während der Zeit ihrer Beschäftigung die vollen Lohnsteuerbeträge entrichtet hatten, erlangten einen Anspruch auf Rückerstattung der zuviel gezahlten Beträge. Die Zahl der Anspruchsberechtigten war zweifellos im Jahre 1926 infolge der Massenerwerbslosigkeit größer als im Jahre 1925. Die Höhe des Anspruchs im Einzelfall aber scheint geringer gewesen zu sein, weil inzwischen die Freigrenzen wesentlich erhöht, die Familienbeträge heraufgesetzt und die Steuerlast dadurch im einzelnen Fall vermindert worden ist. Da selbstverständlich niemals mehr erstattet werden kann, als an Lohnsteuer gezahlt ist, so mußte das in dem Gesamtbetrag der Rückerstattung zum Ausdruck kommen. Auf Grund der Angaben des Reichsfinanzministeriums sind für das Jahr 1926 bisher an Lohnsteuer erstattet worden:

im Januar	8,8	Millionen
„ Februar	15,5	„
„ März	16,7	„
„ April	10,6	„
„ Mai	5,7	„

Insgesamt sind also in diesen 5 Monaten 57,3 Mill. M. Lohnsteuer zurückgezahlt worden. Da noch Anträge unerledigt sind, ist anzunehmen, daß der Gesamtbetrag etwa 60 Millionen Mark erreichen wird. Diese Summe, durch die sicherlich manche Not im Arbeiterhaushalt beseitigt worden ist, verdanken die Lohnsteuerpflichtigen der Arbeit der Sozialdemokratie, ohne deren Drängen niemals ein solche Bestimmung geschaffen worden wäre.

Rechnet man die zurückerstatteten Lohnsteuern dem ausgewiesenen monatlichen Ertrag der Lohnsteuer hinzu, so erhält man folgendes Ergebnis:

	zurückerstattet	ausgewiesener Betrag in Millionen Mark	Bruttoertrag
Januar . .	8,8	103,6	112,4
Februar . .	15,5	79,7	95,2
März . . .	16,7	81,4	98,1
April . . .	10,6	91,8	102,4
Mai . . .	5,7	100,0	105,7
insgesamt . .	57,3	456,5	513,8

Die Lohnsteuer bringt also bereits seit Monaten mehr als den vorgesehenen Ertrag von 100 Millionen monatlich. Lediglich die Monate Februar und März haben einen Mindererertrag aufzuweisen, der auf besonderen Ursachen beruht. Berücksichtigt man außerdem, daß seit April andere Zahlungstermine für die Entrichtung der Lohnsteuer an die Finanzämter gelten, so kann man annehmen, daß die nächsten Monate ein weiteres Steigen des Ertrages der Lohnsteuer bringen werden. Ist dies der Fall, dann wird sich der Reichstag bald mit der Frage der Erhöhung der Freigrenzen und der Famlienermäßigungen beschäftigen müssen. (Vorwärts.)

Vor und nach den Lohnkämpfen in München.

Wenn je ein lückenloser Beweis dafür erbracht wurde, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nur mehr durch die Gewerkschaften möglich ist, so war es zweifellos die Zeit vor den Frühjahrslohnbewegungen dieses Jahres und das Jahr 1926. Der lückenlose Beweis wurde von den beiden schärfsten Gegnern der Gewerkschaften, nämlich von den Unternehmern und ihrem Anhang, den Unorganisierten, selbst erbracht. Was haben bei früheren Lohnbewegungen die Unternehmer nicht alles vorgetragen über die schädigende Wirkung der Tarifverträge, die durch ihre „Gleichmacherei" es unmöglich machen, tüchtige Käfte besser zu bezahlen, ihnen es sogar unmöglich machen, die sozialen Verhältnisse der kinderreichen Familien besonders zu berücksichtigen. Und wie oft haben uns die Unorganisierten erklärt, sie brauchen keinen Verband, da sie selbst in der Lage seien, einen höheren Lohn herauszuholen. Sagten wir ihnen, daß wir davon bislang nichts bemerkt haben, bekamen wir mit Bestimmtheit zur Antwort: wären keine Tarifverträge, würde mein „Arbeitgeber" schon mehr bezahlen. Nun haben wir die Probe auf das Exempel gemacht, leider machen müssen, da wir 1926 nicht immer in der Lage waren, die von den Unternehmerverbänden zum Lohnabbau gekündigten Verträge durch Kampfmaßnahmen in der alten Form zu erhalten, und die Schlichter in derartigen Fällen mit Sicherheit die Verbindlichkeitserklärung ablehnen. Was haben wir nun während dieser tariflosen Zeit feststellen können? Nicht einem einzigen Unternehmer ist es eingefallen, seine Theorie in die Praxis umzusetzen und sein Wort einzulösen. Nicht in einem einzigen Falle konnten wir feststellen — und daß die Herren an diese Möglichkeit erinnert wurden, dafür haben wir ausreichend gesorgt —, daß sie jetzt besonders tüchtige Kräfte besser bezahlten oder daß sie jetzt besonders tüchtige Kräfte besser bezahlten oder die ungünstigen sozialen Verhältnisse einzelner Arbeiter besonders berücksichtigten. Gerade das Gegenteil ist eingetreten. Die Herrschaften haben die sogenannte Gleichmacherei noch viel weiter getrieben als die Tarifverträge, und die Löhne selbst für die untersten Lohngruppen oft um die gleichen Beträge gekürzt wie die Spitzenlöhne. Aus dieser Feststellung ergibt sich von selbst, was die Unorganisierten herausholten, nämlich genau soviel wie die Unternehmer gegeben haben: Nichts. Und wären wir noch weitere fünf Jahre tariflos geblieben, an dieser Feststellung würde sich bestimmt nicht das Geringste ändern. Leider sind diese Auswirkungen des tariflosen Zustandes, wie alles in unserer schnellebenden Zeit, bereits wieder vergessen, obwohl in der Agitation keine Waffe so wirksam anzuwenden ist als die von den Gegnern selbst gelieferte. Wenn wir deshalb hier noch einmal besonders darauf hinweisen, so in der Erwartung, daß unsere Kollegen endlich die notwendigen Schlußfolgerungen daraus ziehen.

Die Frühjahrslohnbewegungen haben den bei einigen Abteilungen seit 1925 bestehenden tariflosen Zustand ein Ende bereitet. In allen Abteilungen des Handels- und Transportgewerbes bestehen nun wieder Tarifverträge. Den ersten Abschluß, und zwar auf Grund einer freien Vereinbarung, konnten wir für die Abteilung Spedition durchführen. Bei den Verhandlungen, die am 2. April vor der tariflichen Schiedsstelle beim Landesschlichter stattfanden kam eine Einigung zwischen den Parteien nicht zustande, so daß ein Schiedsspruch gefällt werden mußte, der in den einzelnen Lohnstufen eine Erhöhung von 3,50, 3,00, 2,90 und 2,80 M. die Woche vorsah.

Eine überfüllte Versammlung, die zu dem Schiedsspruch Stellung nahm, entschied sich nach langer eingehender Auseinandersetzung für die Annahme des Schiedsspruches. In der Aussprache wurde aber kein Zweifel darüber gelassen, daß über die Löhnhöhe keine Verhandlungen mehr stattfinden dürften. Für den Fall, daß die Unternehmer bei ihrer Ablehnung aeblieben waren und der Landesschlichter die Verbindlichkeitserklärung abgelehnt hätte, sollten unverzüglich die erforderlichen Kampfesmaßnahmen eingeleitet werden. An eine derartige Kampfbereitschaft haben die Unternehmer im Speditionsgewerbe nicht gedacht, und wir geben gerne zu, sie hatten einige Berechtigung dazu, denn bislang wirkte der im Jahre 1921 verlorengegangene Streik noch äußerst hemmend auf alle seit dieser Zeit durchgeführten Bewegungen. Aber für uns gilt, was Richard Dehmel einmal sagte:

Siege oder Niederlagen,
Immer gilt es, neu zu wagen.

Die Unternehmer, die tatsächlich den Schiedsspruch zuerst ablehnten, erkannten bald die Situation und warteten deshalb nicht erst ab, daß der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wurde, sondern erklärten sich bei den Verhandlungen vor dem Landesschlichter sofort bereit, auf der Grundlage des Schiedsspruches eine freie Vereinbarung abzuschließen. Hoffentlich ziehen die Münchener Speditionsarbeiter aus dieser Bewegung die notwendige Schlußfolgerung und vergessen endlich ihre Niederlage vom Jahre 1921 und sorgen dafür, daß die Betriebsangehörigen nicht nur restlos organisiert sind, sondern auch jederzeit kampfbereit dastehen.

Nicht weniger schwierig waren die Verhandlungen für die Abteilung Möbeltransport. Schwierig deshalb, weil in dieser Abteilung seit dem Streik 1921, der für die Möbeltransportarbeiter verlorenging, kein Mantelvertrag mehr zustande kam und die Unternehmer die Schaffung eines Vertrags rundweg ablehnten. Bei den ersten Verhandlungen erklärten sie auch diesmal noch, und zwar mit einer geradezu imponierenden Siegesgewißheit, daß sie keinen Mantelvertrag abschließen wollten, da sie nur zu Verhandlungen über die Löhne gekommen seien. Bei dieser Einstellung war eine Verständigung natürlich unmöglich. Der Schiedsspruch wurde, soweit er den Mantelvertrag regelte, von den Unternehmern auch sofort abgelehnt, dagegen brachten sie die im Schiedsspruch vorgesehene Lohnerhöhung in der gleichen Woche noch zur Auszahlung.

Bei der zweiten Verhandlung — wir hatten inzwischen alle Vorbereitungen zur Arbeitsniederlegung getroffen — waren die Herren aber schon bereit, nicht nur einen Mantelvertrag abzuschließen, sondern sogar den Schiedsspruch, der mit den Stimmen der Arbeiter zustande gekommen war, anzunehmen, wenn wir einige kleinere Zugeständnisse machen würden. Das lehnten wir ab. Durch Eingreifen des Sozialministers kam dann bei einer dritten Verhandlung sogar noch eine freie Vereinbarung zustande. Der Abschluß dieses Vertrages beendet im Münchener Möbeltransportgewerbe nicht nur einen fünfjährigen tariflosen Zustand, sondern bringt den Kollegen auch wesentliche Verbesserungen ihrer gesamten Arbeitsbedingungen.

Weniger erfolgversprechend war die Bewegung für den Gesamt-Großhandel (Lebensmittel-, Papier-, Früchte-, Electro- und Allgemeiner Großhandel).

Seit 1925 ohne Lohnvertrag, haben wir während dieser Zeit nicht weniger als viermal den Schlichtungsausschuß angerufen, der auch pflichtgemäß jedesmal einen Schiedsspruch fällte, den die Unternehmer ebenso bestimmt jedesmal ablehnten. Kampfesmaßnahmen durchzuführen, waren wir leider nicht in der Lage. Dadurch unterblieb die Verbindlichkeitserklärung und wir blieben ohne Vertrag. Bei den letzten Verhandlungen fällte nun der Schlichtungsausschuß, der bei einem erheblich niedrigeren Lebenshaltungindex bereits eine Lohnerhöhung von 3 Mark festgesetzt hat, diesmal einen Schiedsspruch mit einer Lohnerhöhung von 2,75 Mark die Woche. Die Unternehmer lehnten auch diesen Schiedsspruch ab, brachten aber anstatt der im Schiedsspruch vorgesehenen Lohnerhöhung von 2,75 Mark eine Erhöhung von 2 Mark zur Auszahlung, sicher in der Erwartung, daß infolge der „geringen" Differenz der Landesschlichter die Verbindlichkeitserklärung ablehnen würde. Der Schiedsspruch wurde aber diesmal für verbindlich erklärt und damit nach 1½ Jahren wieder ein Vertragsverhältnis geschaffen.

Im gesamten Einzelhandel (Detailhandelsgeschäfte, Warenhäuser, Kunsthandel) kündigte die Arbeitsgemeinschaft des Bayerischen Einzelhandels den Gesamtvertrag bereits am 1. 1. 1927, um die Möglichkeit zu haben, am 1. April die bisherige Arbeitszeit von 48 auf 54 Stunden auszudehnen. Die Unternehmer haben inzwischen bereits eingesehen, daß sie mit dieser Kündigung auf eine falsche Karte gesetzt haben, und so war es diesmal nicht allzu schwer, einen neuen Lohn- und Mantelvertrag zu schaffen, und zwar in freier Vereinbarung. Einer besonderen Regelung bedarf nur noch der Leistung und Bezahlung der Mehrarbeit.

Waren die Unternehmer in allen Abteilungen zum mindesten bereit, für die eingetretene Mietpreiserhöhung auch einen Ausgleich zu schaffen, so machten die Kohlenbarone hiervon eine Ausnahme. Kurz bevor wir zur Verhandlung kamen, hatten die Unternehmer im Kohlengroßhandel den bisherigen Kohlenpreis für die Monate Mai und Juni je Zentner um 21 Pf. gesenkt. Bei den Verhandlungen erklärten sie dann, daß sie diese Senkung vorwiegend im Interesse der Münchener Arbeiterschaft durchgeführt hätten und deshalb außerstande seien, auch nur einen Pfennig Lohnerhöhung zu tragen. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß es wirklich keine Kunst ist, die Preise auf Kosten der im Betriebe beschäftigten Arbeiter zu senken, haben die Herren mit der Begründung, daß sie jetzt sogar unter den Einkaufspreisen verkaufen, zweifellos zuviel „bewiesen". Bisher erzählten sie nämlich bei allen Verhandlungen, daß sie seit der Stabilisierung ununterbrochen zusetzen müßten. Wahrscheinlich, um noch mehr zusetzen zu können, hatten sie noch schnell die Preise gesenkt. So dumm diese Begründung war, hat ihr doch der Schlichtungsausschuß einigermaßen Rechnung getragen und eine Lohnerhöhung von nur 3 Pf. die Stunde festgesetzt. Aber auch diesen Schiedsspruch haben die Unternehmer noch abgelehnt; so ganz ernst scheint es ihnen also mit dem Geldloswerden denn doch nicht zu sein. Inzwischen ist der Schiedsspruch für verbindlich erklärt worden. Mit geringen Ausnahmen haben wir im Münchener Kohlengroßhandel die niedrigsten Löhne. Da die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bekanntlich nichts anderes als eine Machtfrage ist, brauchen wir nicht erst lange zu untersuchen, auf welche Ursachen diese ungünstigen Verhältnisse zurückzuführen sind.

Bei den übrigen z. T. kleineren Abteilungen des Handels- und Transportgewerbes haben wir mit Ausnahme der Bewegung in der Genossenschaft die Lohntarife in freien Vereinbarungen oder mit Hilfe des Schlichtungsausschusses abgeschlossen, so daß es sich erübrigt, den Verlauf dieser Bewegungen hier besonders zu besprechen.

Das Ergebnis der gesamten durchgeführten Lohnverhandlungen zeigt nachstehende Aufstellung:

Abteilung	Spitzenlohn bei 48 Stunden			Die Lohnerhöhung beträgt je Woche		
	Kraftfahrer	Arbeiter	Arbeiterinnen	Kraftfahrer	Arbeiter	Arbeiterinnen
Spedition	42,—	40,—	—	3,50	3,—	—
Möbeltransport ständig	40,—	40,—	—	3,90	3,90	—
Tagelohn	—	8,50	—	—	4,80	—
Großhandel	42,25	36,75	25,70	3,15	2,75	1,90
Kunsthandel	40,—	40,—	25,—	3,—	3,—	2,—
Warenhäuser	40,—	39,—	25,—	3,—	3,—	2,—
Einzelhandel	40,—	35,—	25,—	3,—	3,—	2,—
Eis- u. Röhrengroßhandel	40,25	36,50	24,—	2,83	2,79	2,06
Kohlengroßhandel [1]) . .	46,50	0,78	0,53	2,10	1,44	0,96
Genossenschaft	55,20	50,—	29,50	3,20	3,—	2,—
Fensterputzer	—	48,—	—	—	3,—	—
Lagerhäuser [2])	—	0,82	0,55			
Hausuntratabfuhr (Fuhrleute)	—	48,50	—	—	2,88	2,40
Baugewerbe [3])	52,—	44,—	—	4,—	2,—	—
Kraftverkehr (Bayern)	46,—	—	—	3,—	—	—
Graphisches Gewerbe . .	43,10	38,90	21,60	2,35	1,85	0,96
Monopolverwaltung [4]) .	43,85	39,75	26,75	2,—	1,85	1,25
Wächter [5])		175 bis	190 Mk.		15,—	
Eiswerk	41,—	38,70	—	3,20	2,90	—

[1]) Stundenlohn bei 54 Stunden Arbeitszeit. [2]) Stundenlohn. [3]) 54 Stunden. [4]) Ab 1. 10. 54 Stunden. [5]) Monatslohn.

Die durchschnittliche Lohnerhöhung beträgt je Arbeiter und Woche 2,93 M. und für die Arbeiterinnen 1,75 M. Zweifellos hätte bei einzelnen Abteilungen mehr herausgeholt werden können, wenn die dortbeschäftigten Kollegen und Kolleginnen uns zur Durchführung der Lohnbewegung etwas mehr Kraft zur Verfügung gestellt hätten. Wie lange die Lohnerhöhung auch eine Erhöhung der Kaufkraft und damit eine Steigerung des Reallohnes bedeutet, muß zunächst abgewartet werden. Nach den zollpolitischen Absichten der Regierung jedenfalls nicht allzu lange.

Neben der Einleitung der Lohnbewegungen haben wir selbstverständlich auch eine intensive Agitationstätigkeit entfaltet. Sind auch nicht alle Erwartungen erfüllt worden, so waren wir doch in der Lage, in diesen drei Monaten die monatlichen Aufnahmeziffern um 50 Proz. zu steigern. Gewiß haben wir auch in München trotzdem noch einen großen Teil von Unorganisierten, besonders in den Kleinbetrieben des Handelsgewerbes, die, trotzdem sie die Leistungen des Verbandes kennen, trotzdem sie seit Jahren sehen, daß ihr Lohn nur dann erhöht wird, wenn der Verband einen Lohntarif abschließt, lieber dem Ausbeuter wöchentlich 6 bis 8 Ueberstunden schenken, als den Verbandsbeitrag zahlen. Denen gegenüber steht aber doch ein so großes und gefestigtes Heer von Mitgliedern hinter dem Verband, daß es den Unorganisierten auf die Dauer nicht möglich sein wird, außerhalb unserer Reihen zu bleiben.

Nur nicht nachlassen in der Agitation, dann wird unser Kampf auch von Erfolg sein!

Zusatzversorgungskasse des Reichs und der Länder.

Die Arbeiter und Angestellten in den Reichs- und Staatsbetrieben und Verwaltungen — mit Ausnahme der Arbeiter und Angestellten bei der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Reichspost, entbehrt bis zum heutigen Tage eine über die Leistungen der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung hinausgehenden Versorgung. Nur den Arbeitern der ehemaligen Heeresverwaltungsbetriebe in Preußen kann bei Eintritt ihrer Erwerbsunfähigkeit eine laufende Unterstützung gezahlt werden. Dies ist eine Unterstützungseinrichtung, die von dem Reichsarbeitsministerium verwaltet wird. Einen Einfluß auf die Verwaltung haben die Arbeiter nicht. Nach der Staatsumwälzung haben wir die Errichtung einer Pensionskasse gefordert. Das Reichsfinanzministerium stand seinerzeit unseren Forderungen ablehnend gegenüber.

Im Jahre 1924 erfolgte dann bei der Deutschen Reichspost eine gründliche Aenderung der Personalverhältnisse unter Wegfall der planmäßigen Anstellung der Telegraphenarbeiter im Postdienst. Wir erhoben nunmehr erneut unsere Forderung, daß nach dem Entgang des Beamtenruhegehalts den Beseitigten ein angemessener Ersatz durch Gewährung von Zusatzrenten zu den unzulänglichen Invalidenrenten gewährt wird. Es gelang uns, die Schwierigkeiten, die einer solchen Einrichtung entgegenstanden, zu beseitigen und für die Arbeiter und Angestellten der Deutschen Reichspost die Versorgungsanstalt zu schaffen. Nach dem § 2 des Satzungsentwurfs sollten auch die bei den übrigen Reichsverwaltungen beschäftigten Arbeiter und Angestellten Aufnahme finden. Die Vertreter der Wirtschaft im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost und des Reichsrats wandten sich jedoch gegen die Ausdehnung der Versorgungsanstalt auf die anderen Reichsverwaltungen. Aus formellen Gründen, um nicht die Errichtung der Versorgungsanstalt bei der Deutschen Reichspost zu gefährden, wurde die Bestimmung in der Satzung, die den Beitritt der Arbeiter der übrigen Reichsverwaltungen zu ließ, fallen gelassen.

Unsere Bemühungen, für die Arbeiter und Angestellten der übrigen Reichs- und Staatsverwaltungen eine gleiche Einrichtung zu schaffen, haben wir fortgesetzt. Die Bedenken, die gegen die Errichtung einer Zusatzversorgungskasse namentlich von dem Preußischen Finanzminister erhoben wurden, haben wir durch direkte Verhandlungen mit ihm und durch die Vorlegung einer Denkschrift zerstreut. Am 15. Oktober 1926 beschloß endlich eine Konferenz der Ländervertreter, die Errichtung der Zusatzversorgungskasse mit der Maßgabe, daß die zu gewährenden Renten die Pensionssätze der Beamten nicht überschreiten und der Beitrag der Verwaltungen 4½ Proz. der Lohnsumme nicht überschreitet. Ferner soll der Kreis der Versicherten etwas enger gezogen werden als bei der Deutschen Reichspost.

Der Entwurf einer Satzung ist bereits den Tariforganisationen zugegangen. Zum Eintritt in die Zusatzversorgungskasse sind die dauernd beschäftigten Arbeiter und Angestellten beiderlei Geschlechts verpflichtet. Als dauernd beschäftigt werden angesehen, Personen, die nicht zur Probe oder als Aushilfsangestellte, nicht für bestimmte Arbeiten und nicht auf bestimmte Zeit angenommen sind, dabei aber eine Beschäftigungszeit von 1872 Stunden im Jahre haben. Die freiwillige Mitgliedschaft können Personen erwerben, die weniger als 1872, aber mindestens 900 Arbeitsstunden beschäftigt sind. Von den Beiträgen zahlt die Verwaltung zwei Drittel und der Versicherte ein Drittel. Die freiwilligen Mitglieder zahlen den vollen Beitrag. Die Höhe der Beiträge richtet sich nach dem Einkommen des Versicherten und beträgt bei einem Jahresverdienste bis zu 520 M. 75 Pf., wovon 25 Pf. das Mitglied und 50 Pf. die Verwaltung zahlt. Die Beiträge steigern sich in 12 Klassen bis auf wöchentlich 8,25 M. bei einem Jahresverdienst von 5200 M. und darüber. Die Mitglieder, die der Kasse volle fünf Jahre angehört haben, erhalten bei Eintritt der Berufsunfähigkeit oder des Bezuges von Invalidenrente eine Zusatzrente. Der Höchstbetrag der jährlichen Zusatzrente beträgt in Versicherungsklasse 1 200 M. und steigt in der Versicherungsklasse 12 auf 1375 M. Die Höchstbeträge erhöhen sich für jedes Jahr der Beitragsleistung um ½ v. H. des der Beitragsleistung zu Beginn eines jeden Beitragsjahres zugrunde gelegten rechnungsmäßigen Einkommens. Jedoch wird die Zusatzrente so festgesetzt, daß der Gesamtbetrag der dem Versicherten aus der reichsgesetzlichen Invaliden- oder Angestelltenversicherung oder nach dem Reichsknappschaftsgesetz zu zahlenden Rente zuzüglich der Zusatzrente bei Eintritt der Rentenberechtigung vor Vollendung des 35. Lebensjahres den niedrigsten Hundertsatz nach der bei Eintritt der Rentenberechtigung geltenden Pensionsgesetzgebung nicht übersteigt. Tritt die Rentenberechtigung nach Vollendung des 35. Lebensjahres ein, so erhöht sich der Hundertsatz für jedes nach dem zurückgelegten 35. Lebensjahr bei Eintritt der Rentenberechtigung bereits vollendete Lebensjahr entsprechend der Steigerung der Pensionshundertsätze. Das rechnungsmäßige Einkommen beträgt in der Klasse 1 500 M. und steigt in der Klasse 12 auf 5500 M. Die Witwenrente beträgt 50 v. H., die Waisenrente für einfache Waisen je die Hälfte er Witwenrente, für Vollwaisen je zwei Drittel der Witwenrente. Beim Tode eines Mitgliedes oder Zusatzrentenempfängers bzw. beim Tode dessen Ehefrau wird ein Sterbegeld gewährt.

Das sind in kurzen Umrissen die hauptsächlich interessierenden Vorschriften des Satzungsentwurfs über den Kreis der Mitglieder sowie deren Pflichten und Rechte. Die Vorschriften über die Verfassung der Kasse sind den Tariforganisationen noch nicht zugegangen. Soweit sich die Verhältnisse übersehen lassen, werden sich die Verhandlungen schwierig gestalten, denn der Entwurf ist noch sehr verbesserungsbedürftig.

So enthält z. B. der Entwurf keine Bestimmung über die Aufnahme der über 45 Jahre alten Arbeiter und Angestellten als Pflichtmitglieder.

Es kann deshalb damit gerechnet werden, daß die Versicherung vor dem 1. April 1928 nicht erfolgt.

Aus unserem Berufe

Automobilführer und Flieger.

Ein Vertrag wider die guten Sitten. Die „guten Sitten" der bürgerlichen Gesellschaft sind wahrlich nicht viel wert. Es gibt aber gewissenlose Ausbeuter, die die Notlage der Arbeiter ausnutzen und ihnen Verträge aufzwingen, die sogar die wenig „guten Sitten" der kapitalistischen Weltordnung verletzen. In Stuttgart hat ein Unternehmer seinen Chauffeur folgendes Kulturdokument unterschreiben lassen:

Der verschärfte Konkurrenzkampf erfordert eine intensivere Bearbeitung der Abnehmerkreise. Die hieraus sich ergebenden häufigeren persönlichen Besuche bei der Kundschaft erheischen die Anschaffung eines Kraftwagens. Um von den seitherigen Arbeitskräften am Lager niemand entlassen zu müssen, wurde die Ausbildung eines Packers zum Chauffeur erwogen und es kam daraufhin zwischen der

Firma ..... und

....., Packer in obiger Firma

folgender

Vertrag

zustande:

1. Die Firma . . . läßt Packer . . . auf ihre Kosten zum Chauffeur ausbilden.
2. . . . bleibt Packer wie zuvor, hat aber an Stelle der Arbeitsleistungen im Lagerhaus die erforderlichen Geschäft.sautofahrten als Wagenlenker zu machen.
3. Die Entlohnung erfolgt nach wie vor als Packer. Auch eine Leistungszulage für die zeitweise Tätigkeit als Chauffeur wird nicht gewährt, doch erhält . . . . etwaige Ueberstunden nach Maßgabe seines Wochenverdienstes (auszuzahlender Wohenlohn: 48 = Stundenlohn) bzahlt.

Ob . . . vereinzelte Vergnügungsfahrten steuern will, ist jeweils seinem Ermessen überlassen. Es wird hierfür aber nur die volle Verpflegung gewährt. Dagegen ist . . . als Wagenführer versichert, und zwar mit einer Versicherungssumme von

5 000 RM. für den Todesfall,
10 000 RM. für den Invaliditätsfall,
5 RM. für tägliche Entschädigung.

Von seiten der Firma . . . wird das Zugeständnis gemacht, daß bei Platzerwerb hinter dem Lagerhaus auf die dann zu erstellende Garage eine 3-Zimmer-Wohnung aufgebaut wird, die . . . als Chauffeur- und Hausmeister-Wohnung ohne Entgelt überlassen wird. In diesem Falle käme dann aber die Bezahlung von Ueberstunden in Wegfall.

4. Sollte . . . seine Stellung kündigen, oder sein Verhalten der Firma . . . besonderen Anlaß geben, das Angestelltenverhältnis zu ihm zu lösen, so verpflichtet sich . . . zum Ersatz der durch die Firma . . . aufgewendeten Ausbildungskosten zum Chauffeur in Höhe von 452,80 (Vierhundertzweiundfünfzig 80/100 Reichsmark) gemäß angefügter Spezifikation. Führt sich . . . weiterhin gut, so hätte er, falls ihm aus irgendwechen unvorhergesehenen Gründen durch die Firma . . . doch einmal gekündigt werden müßte, die Chauffeurausbildungskosten nicht zurückzuvergüten.

Zur exakten Einhaltung dieser Vereinbarung verpflichten sich durch Unterschrift:

Stuttgart, den .....

gez.: Unterschrift. gez.: Unterschrift.

Ausbildungskosten
von
..... als Chauffeur
in der Zeit vom 2. 11. 1925 bis 5. 12. 1925.

Geburtsschein und Leumundszeugnis . . .	0,70 RM.
Lichtbilder	4,— „
Aerztliche Untersuchungen	9,— „
November-Monatskarte der Reichsbahn nach Untertürkheim	7,10 „
Unterrichtsgeld für die Mercedes-Fahrschule	200,— „
Prüfungsgebühr	15,— „
Führerschein	7,— „
Geschenk an den Fahrmeister	10,— „
Lohn vom 2. 11. bis 5. 12. (5 à 40,— RM.) .	200,— „
	452,80 RM.

gez.: Unterschrift. gez.: Unterschrift.

Leider gibt es immer wieder Dumme, die in die Fangarme dieser Herrschaften hineinlaufen. Auch in diesem Falle handelt es sich um einen Kollegen, der erst, nachdem er längst den Vertrag unterschrieben hatte, der Organisation hiervon Kenntnis gab. Der Vertrag wird noch nicht einmal eingehalten, denn Ueberstunden werden keine vergütet. Die Verpflegung, die ebenfalls im Vertrag versprochen ist, spottet jeder Beschreibung. Auf die versprochene Dreizimmerwohnung wird er noch lange warten müssen. Jedenfalls halten wir es für unsere Pflicht, den Kraftfahrer, nachdem er einmal diese Dummheit gemacht hat, so schnell wie möglich von diesem Schandwerk loszubekommen. Die Ausbildungskosten kann der Unternehmer natürlich nicht zurückverlangen, um so weniger, als er selbst vertragsbrüchig ist. Von der Rückzahlung des Lohnes für die Ausbildungszeit kann schon ganz und gar nicht die Rede sein.

Stuttgart. Stuttgart hat seit einem halben Jahre einen Omnibusverkehr auf der Strecke Stuttgart—Cannstatt eingeführt. Es handelt sich um einen gemischt-wirtschaftlichen Betrieb, an dem in der Hauptsache die Stadt Stuttgart und die Stuttgarter Straßenbahnen beteiligt sind. Die Betriebsführung liegt in den Händen der Stuttgarter Straßenbahnen. Nach vieler Mühe ist es uns gelungen, das Personal zu organisieren und einen Tarifvertrag zu schaffen. Ebenfalls konnten wir die Löhne neu regeln. Die Führer erhalten Wochenlohn, der ab 11. März 53 M. und ab 1. Oktober 54 M. beträgt. Die Hallearbeiter bekommen 43,50 M. wöchentlich. Wenn auch das bis jetzt erreichte, keinesfalls befriedigend ist, so darf doch von einem Erfolg gesprochen werden. Bei der Einstellung der Direktion war es unter den gegebenen Verhältnissen schwer, weiter zu kommen. Die Belegschaft wird aber auch einsehen gelernt haben, daß sie ohne Organisation ein Spielball in den Händen der Direktion ist, mit dem diese machen kann, was sie will. Die Zeit lehrte daß das anfänglich reservierte Verhalten der Belegschaft gegenüber der Organisation ihr eigener Schaden war.

Der kleine Schritt nach vorwärts, muß den Kollegen ein weiterer Ansporn zum engen Zusammenschluß geben. Noch manche Mißstände sind zu beseitigen. Dies wird um so leichter gehen, je geschlossener die Kollegen hinter ihren Forderungen stehen. Es muß deshalb jeden Kollegen zur Pflicht gemacht werden, Mitglied im Deutschen Verkehrsbund zu sein.

Uebermüdung des Fahrers als Ursache eines Massenunglücks. Ende Mai d. J. erlitt ein mit 36 Personen besetzter Autobus in der Nähe von Stommeln im Rheinland einen Unfall, bei dem die Mehrzahl der Insassen teils schwer, teils leicht verletzt wurde. In dem vom „Kölner Lokal-Anzeiger" über den veröffentlichten Bericht heißt es wörtlich: „Wie die Leichtverletzten angeben, soll den Lenker, der selbst schwer verletzt ist, keine Schuld an dem Unglück treffen. Man war bereits zwölf Stunden unterwegs, und es ist daher anzunehmen, daß das Unglück durch Ermüdung des Führers herbeigeführt ist. Der Lenker hatte die ganze Fahrt über keinen Alkohol zu sich genommen."

Unsere Vertreter haben in den Verkehrsausschüssen des Reichswirtschaftsrats und des Reichstags wiederholt auf die Gefahren hingewiesen, die sich aus den zu langen Arbeitszeiten der Kraftfahrer naturgemäß ergeben müssen. Aber selbst das massenhaft vorgelegte Material reichte nicht aus, den zuständigen Stellen und den Vertretern der Unternehmer den Zusammenhang zwischen Uebermüdung des Führers und Unfallgefahr klarzumachen oder diese Herren zum Eingeständnis des Vorhandenseins dieses Zusammenhanges zu bewegen. Die Ausbeuter versichern ihren eigenen Geldbeutel und überlassen das andere dem Staatsanwalt. Es soll uns nicht wundern, wenn dieser dem Führer des verunglückten Autobusses nach seiner Wiederherstellung zu einigen Monaten „Ruhe auf Staatskosten" verhilft.

Hafenarbeiter.

Die Hafenschlichtungsstelle Hamburg im Jahre 1926. Die bei der Schlichtungsstelle für den Hafenbetrieb im Berichtsjahre verhandelten Karten- und Tarifangelegenheiten beliefen sich auf insgesamt 774 Fälle, von denen 33 aus dem Vorjahre herrührten. Die Zahl der K.-Sachen übertraf mit 532 die der T.-Sachen (242) um mehr als das Doppelte. Ihre endgültige Erledigung fanden 643 Fälle, so daß 131 Sachen auf das laufende Jahr zu übernehmen waren.

Von den 532 K.-Sachen wurden 453 endgültig erledigt, wobei in 172 Fällen die vollbesetzte Schlichtungsstelle in Tätigkeit trat, während 266 durch rechtskräftig gewordenen Vorentscheid des Vorsitzenden ihren Abschluß fanden und in 15 Fällen sich eine Entscheidung erübrigte. 47 der zum Zwecke der Kartenentziehung anhängig gemachten Verfahren endeten mit dem Spruch auf dauernde Entziehung der Arbeitskarten. An 287 Kartenarbeiter wurden Verwarnungen erteilt mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß ihnen im Wiederholungsfalle die Arbeitskarte dauernd entzogen werden kann. In 104 Fällen mußte das Kartenentziehungsverfahren aus Mangel an Beweisen oder wegen hinreichender Entlastung des beklagten Arbeiters endgültig eingestellt werden. Zweimal wurden die Anträge auf Kartenentziehung vom Hafenbetriebsverein selbst zurückgezogen, während der Rest des Verfahrens am Jahresschlusse noch schwebte. Gegenstand des Verfahrens waren in allen Fällen Arbeitsversäumnis, Arbeitsverweigerung, Mißhandlung, Unbotmäßigkeit und Diebstahlsverdacht.

Von den 242 T.-Sachen konnten 190 endgültig erledigt werden, davon 40 durch Vergleich bzw. Anerkennung der Klageforderung auf gütlichem Wege. 67 Fälle endeten mit vollem, 14 mit einem teilweisen Erfolg der klagenden Arbeiter, während 66 Klagen abgewiesen und 3 wegen Unzuständigkeit der Schlichtungsstelle abgelehnt wurden. 52 Fälle waren am Schlusse des Berichtsjahres noch unerledigt.

Interessant dürfte noch ein Vergleich dieser Aufstellung mit statistischen Ergebnissen der vorhergehenden Jahre sein. Im Jahre 1921 hatte die Schlichtungsstelle 2129 K.-Sachen zu erledigen, deren Zahl dann im Jahre 1923 auf 3210 stieg. Im Jahre 1924 sank diese Ziffer auf 1451, um im Jahre 1926 auf 532 zurückzugehen. Es ist unverkennbar, daß das Anschwellen dieser Klagen auf Entziehung der Arbeitskarten bis zum Inflationsjahre seine Ursache eben in den mit dem Verfall der Währung parallel laufenden Niedergang der Lebenshaltung der Arbeiter hatte. Mit dem Wiedereintreten normaler Währungsverhältnisse, die eine Besserung der Lebenshaltung mit sich brachten, sank die im Jahre 1923 erreichte Höchstziffer der K.-Sachen innerhalb einer Frist von zwei Jahren auf weniger als ein Sechstel. Ein Beweis dafür, daß die Unternehmer um so weniger Ursache haben, klagbar gegen die Arbeiter vorzugehen, je besser die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind.

Demgegenüber läuft die Moral der Unternehmer in einer anderen Richtung. Im Jahre 1921 hatten die Arbeiter 107 T.-Klagen anhängig gemacht. Auch diese Zahl stieg über 181 im Jahre 1922 auf 273 im Jahre 1923 und ging im folgendem Jahre wieder auf 173 zurück. Seit dieser Zeit ist sie aber wieder im Wachsen begriffen. Sie betrug im Jahre 1924 schon wieder 211 und im Berichtsjahre sogar 242. Hoffentlich ziehen die Hafenarbeiter hieraus die einzig richtige Konsequenz. Je besser die Lohn- und Arbeitsbedingungen, um so weniger haben die Unternehmer Veranlassung, Klagen auf Entziehung der Arbeitskarten anzustrengen. Dem Anwachsen der Klagen der Arbeiterschaft in T.-Sachen begegnen wir mit der freigewerkschaftlichen Organisation.

Bundesübersicht.

Straßenbahner. Mit Wirkung vom 1. April 1927 ab wurden für das Personal der Straßenbahnen in München und Solingen neue Lohnabkommen abgeschlossen.

Die in München getroffene Regelung ist folgende:
Es erhalten:

	ab 1. 4. 1927 bis 30. 9. 1927	ab 1. 10. 1927 bis 31. 3. 1928
Handwerker .	0,97—1,01 M.	0,99—1,03 M.
Angelernte . .	0,82—0,86 M.	0,94—0,88 M.
Ungelernte . .	0,78—0,82 M.	0,80—0,84 M.

(Der Höchstlohn wird nach 4 Dienstjahren erreicht.)

Dazu kommen Frauen- und Kinderzulagen von je 3 Pf. die Stunde.

Für Solingen betragen die neuen Löhne ab 1. April:

Im Alter von	14	15	16	17	18	19	20	21 J. u. d.
Gruppe I .				0,55	0,65	0,80	0,90	1,00 M.
„ II .				0,50	0,59	0,73	0,82	0,91 M.
„ III .	0,25	0,34	0,43	0,47	0,55	0,68	0,77	0,85 M.
„ IV .	0,23	0,31	0,39	0,43	0,51	0,62	0,70	0,78 M.
„ V .	0,20	0,26	0,33	0,36	0,42	0,52	0,59	0,65 M.

Löhne für das Fahrpersonal ab 1. April 1927:

a) Schaffner . . . 6,80 M. arbeitstäglich
b) Führer . . . . 7,28 M. arbeitstäglich

Das Hausstands- und Kindergeld beträgt für beide Arbeiterkatogerien je 5 Pf. die Stunde.

Die sozialen Versicherungsbeiträge werden weiterhin von der Verwaltung voll bezahlt.

Privateisenbahner. Für die in den Lohngebieten Baden und Hannover tätigen Privateisenbahner wurden mit Wirkung vom 1. Mai und 1. Juni 1927 beachtenswerte Lohnerhöhungen für alle Gruppen der Beschäftigten durchgesetzt, die in den verschiedenen Gruppen bis zu 9 Pf. die Stunde betragen. Die Sozialzulagen erfuhren ebenfalls eine entsprechende Aufbesserung.

Post und Telegraphie. In den Tagen vom 14. bis 16. Mai fanden die Wahlen zum Zentralbetriebsrat der bei der Deutschen Reichspost beschäftigten Arbeiter und Angestellten statt. Von den 79 840 Wahlberechtigten haben 57 781 gleich 72,25 Prozent ihre

Der Bundesbeitrag für die

28. Woche

(3. bis 9. Juli 1927) ist fällig.

Das zweite Halbjahr

beginnt. Binnen wenigen Wochen werden wir sehen, in welchem Bezirk unsere ständige Mahnung zur Pünktlichkeit Verständnis gefunden hat. Ihr pünktlichen und opferfreudigen Mitglieder:

fordert von allen Kollegen

die Erfüllung der Pflicht, der ihr selbst treu nachgekommen seid. Sagt den Säumigen, daß

strengste Pflichterfüllung

gegen den Bund die Vorbedingung jedes Erfolgs ist. Nur wer seine Beiträge in richtiger Höhe stets im voraus bezahlt, hat das moralische Recht in Bundesangelegenheiten mitzureden.

Stimme abgegeben. 1770 Stimmen waren ungültig. Der Deutsche Verkehrsbund erhielt 39 673, das sind 70,83 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Den Rest von 16 338 erhielt die christliche Deutsche Postgewerkschaft. Gegenüber dem Vorjahre konnte die Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft (DPB.) ihre Stimmenzahl um 2551 steigern. Wir erhalten damit zehn, die Christen drei Sitze.

Allgemeines.

Die geistige Hebung der Arbeiterklasse macht sie kampffähiger bei ihren Auseinandersetzungen mit ihren Ausbeutern und deren Organen, sie erspart der organisierten Arbeiterschaft viele falsche Wege auf dem steinigen und mit Fallstricken überreich besäten Wege nach politischer Selbständigkeit und wirtschaftlichem Aufstieg. Die praktischen Erfahrungen der Arbeiter werden im Werte gesteigert durch die Ausnutzung der Erfahrungen früherer Generationen wie durch die der Arbeiterschaft fremder Länder und durch die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungen. Aber neben dem praktischen Nutzen der geistigen Betätigung der Arbeiter und Angestellten darf auch die Bedeutung der geistigen Gymnastik für die Arbeiterschaft nicht übersehen werden, die nicht aufgehen darf im Dienst des Kapitalismus und in öden Vergnügungen und Zerstreuungen . . .

Hätte der Sozialismus weltgeschichtlich kein anderes Verdienst, als die Proletarier zu geistig emporstrebenden, auf ihre Bildung bedachten Menschen zu machen, so würde das allein eine gewaltige Leistung bedeuten, die größer ist als die irgendeiner anderen geistigen Bewegung des letzten Jahrtausends. Der Sozialismus bekämpft ebenso die materielle Bedürfnislosigkeit des Proletariats wie seine geistige. Adolf Braun.

Munitionstransporte. „Granatenschwindel".

Um die Granatenlieferung Rußlands an das deutsche Reichswehrministerium, die das Mordzeugs an die schwarze Reichswehr verschob, ging es in einem Beleidigungsprozeß des Sozialdemokraten Künstler gegen den Halleschen „Klassenkampf". Das Blatt hatte Künstler einen Lügenkünstler und Lügenstümper genannt und sollte es nun beweisen. Merkwürdigerweise verlangte die Angeklagte, daß Künstler beweise, er sei kein Lügner. Weiterhin verlangte sie (der „Klassenkampf" hat sich einen weiblichen Sitzredakteur zugelegt, wahrscheinlich weil er billiger ist), daß Künstler seine Gewährsmänner nenne — — damit die Justiz gegen sie als „Landesverräter" vorgehen kann. Künstler erklärte:

daß er in einer vertraulichen Sitzung des Sparausschusses des Reichstags in Gegenwart der kommunistischen Abgeordneten Torgler und Kreutzburg den Reichswehrminister gefragt habe, ob die Mitteilungen über die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und der Reichswehr auf Wahrheit beruhen. Daraufhin habe Geßler erklärt, daß die Sowjetregierung nach Beendigung des russisch-polnischen Krieges an die Reichsregierung herangetreten sei und um Unterstützung beim Aufbau der russischen Rüstungsindustrie gebeten habe. Mit der Durchführung der Verhandlungen wurde der damalige Chef der Heeresleitung, Generaloberst v. Seeckt, betraut. Im Jahre 1921 sei von der Reichswehr russische Munition bestellt und in den Jahren 1925 und 1926 abgeliefert worden. Die kommunistische Reichstagsfraktion sei also über den ganzen Sachverhalt vollkommen unterrichtet und leugne die Verbindungen nur noch, weil sie sich vor ihren eigenen Angehörigen schäme.

Irmgard Rasch, die jugendliche „Verantwortliche" fand Mitleid beim Gerichtsvorsitzenden und auch beim Kläger. In der Urteilsbegründung wird gesagt:

„Daß in dem Artikel beleidigende Ausdrücke und auch üble Nachreden enthalten sind, die über ein allgemeines Urteil hinausgehen, ist unbestreitbar. Es handelt sich darum, festzustellen, ob die Behauptungen, die von seiten der Angeklagten aufgestellt sind, zutreffen oder mindestens in Wahrnehmung berechtigter Interessen gebraucht worden sind. Da die Angeklagte und ihr Verteidiger selbst nicht einmal die Wahrnehmung berechtigter Interessen bei der Verurteilung verlangt hatten, braucht sich das Gericht nicht mit dieser Frage zu beschäftigen. Der Angeklagten kann es nicht zweifelhaft gewesen sein, daß durch die gebrauchten Ausdrücke ein Mann, der in der Oeffentlichkeit steht und der Abgeordneter ist, schwer beleidigt wird. Der Wahrheitsbeweis muß von der Angeklagten angetreten werden. Wer jemand in den Staub zieht, muß auch Beweise angeben. Die Angeklagte sagt selbst: „Ich habe keine Beweise, lediglich auf Grund von Vermutungen habe ich die Ausdrücke gebraucht." Sie hat die Beleidigungen lediglich auf Vermutungen hin in die Welt posaunt. Ob der Kläger den Wahrheitsbeweis antreten will, ist ihm überlassen. In diesem Falle hat der Nebenkläger ausreichende Gründe angegeben, die ihn veranlassen, seine Gewährsmänner nicht zu nennen, da er sie sonst der Gefahr aussetzte, wegen Landesverrat angeklagt zu sehen. Lediglich auf Grund des angegebenen Gehalts der Angeklagten ist trotz der schweren Beleidigung die Strafe von 150 M. festgesetzt."

Selbstverständlich lügt die „Rote" Fahne weiter, es sind von Rußland keine Granaten geliefert. Und ihre Leser werden es vielleicht gar glauben.

Die „Christen" hinter den Mongolen. Im Zentralblatt der Gewerkschaften, die durch ihr Aushängeschild „christlich", die Arbeiter von einer energischen Wahrnehmung ihrer Interesse abhalten, wird erklärt, was nach der etwas reichlich altbackenen Anschauung jenes Organs die christlichen Arbeiter „wollen":

„Ihre Eigenart (von christlichen Unternehmern verlangt man keine Eigenart. Red. VB.) wollen sie in einer zu schaffenden Volksordnung wahren. Staatsbürger nicht Staatsknechte, Stand, nicht Klasse wollen sie sein, Volk, nicht Masse wollen sie sein."

Was sie sein „wollen" hat das Zentralblatt den christlichen Arbeitern nun erzählt, was sie sind, verschweigt das Blatt der Schwarzgelben. Weil man den Arbeitern einredet, sie seien keine Klasse, sondern ein „Stand" blieben sie macht- und rechtlos; weil sie das „Volk" spielen sollten, dürften sie nicht die machtvolle Masse werden, sondern zersplittert und ohnmächtig bleiben; und weil man ihnen von einer „Volksordnung" vorschwafelt sind sie Staatsknechte gewesen und geblieben. Das „Volk" sind die Entrechteten, die Besitzenden sind die „Nation". Das Zentralblatt sieht die Eigenart der christlichen Arbeiter in der Unterordnung unter dem christlichen Unternehmer und diese Eigenart will man in der famosen „Volksordnung" verewigen.

Das Sträuben hilft nicht, mit verkrampfter Logik läßt sich der eherne Gang der geistigen Entwicklung wohl verlangsamen, aber nicht verhindern. Die Zukunft gehört doch dem Sozialismus und den freien Gewerkschaften.

Der Mörder des russischen Gesandten in Polen ist vom Warschauer Gericht zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Gleichzeitig wurde eine Begnadigung zu 15 Jahren Gefängnis angeregt.

Die Landplage der Landesverratsprozesse. Die phantastischen Ziffern, zu denen in den letzten Jahren die von der deutschen Justiz durchgeführten Landesverratsprozesse aufgestiegen sind, könnten einen unbefangenen Menschen, der unter Justiz so etwas wie Gerechtigkeit versteht, zu der Meinung bringen, daß das deutsche Volk zum größten Teil aus Lumpen und Verbrechern besteht. Dem aufmerksamen Beobachter kann aber nicht entgehen, daß das riesige Anschwellen dieser Ziffern weniger in der Schlechtigkeit der Menschen als vielmehr in der republikfeindlichen Anwendung des Landesverratsparagraphen seine Ursache hat. Er wird immer dann angewandt, wenn Republikaner, Pazifisten und Anhänger der Linksparteien auf die republikfeindliche Betätigung nationalistischer Organisationen hinweisen, um ihr Vaterland, die deutsche Republik, vor Schaden zu bewahren. Mit dieser Anwendung des § 92 hat es die deutsche Justiz in völliger Verdrehung der Rechtsbegriffe fertig gebracht, ihn zu einem Schutzparagraphen für nationalistisches und faschistisches Gesindel zu machen.

Wie weit sich diese Landplage der Nachkriegszeit ausbreiten konnte, geht aus dem sehr reichhaltigen Material hervor, daß die Deutsche Liga für Menschenrechte in einer Denkschrift über die politische Justiz zusammengestellt hat.

Danach wurden im Jahre 1923 allein 1200 Landesverratsprozesse eingeleitet, im Jahre 1924 kam es zur Einleitung von 1081 und in den ersten beiden Monaten des Jahres 1925 zur Einleitung von 755 Landesverratsverfahren. Diese Verfahren führten nicht alle zu Verurteilungen. Aber im Jahre 1924 wurden 638 Personen wegen Landesverrats abgeurteilt. Dabei ergab sich die Summe von 1278 Jahren verhängter Freiheitsstrafen.

Wegen Landesverrat, Hochverrat, Spionage und feindlicher Handlungen gegen befreundete Staaten wurden verurteilt:

1896—1905	126
1906—1914	232
1915—1918	697
1919—1921	164
1922—1924	1072

Die Ziffern der Vorkriegszeit enthalten auch die Verurteilungen wegen Hochverrat und feindlicher Handlungen gegen befreundete Staaten, während die Kriegs- und Nachkriegsziffern sich nur auf Landesverrat- und Spionageverfahren beziehen.

Nach polizeilicher Statistik sind die Ziffern der Verurteilungen wegen Landesverrats und Spionage in der Vorkriegszeit relativ niedrig und nur kleinen Schwankungen unterworfen. Die Kriegsjahre zeigen höhere Zahlen. Das Jahr 1915 hält mit 235 Verurteilungen und 656,6 Jahren Freiheitsstrafen die Spitze. Dann sinken die Ziffern für 1919 und 1920 wieder auf Vorkriegshöhe, um von da ab rapid anzusteigen bis zum Jahre 1924, das die höchsten Verurteilungsziffern der Kriegsjahre weit hinter sich läßt. Es wurden nach der Polizeistatistik wegen Landesverrats und Spionage verurteilt:

Im Jahre	Zahl der Personen	Verhängte Freiheitsstrafen in Jahren
1919	36	104
1920	36	70,2
1921	92	244,2
1922	237	564,9
1923	197	513,7
1924	638	1278,4
1925	192	645

Der § 92 sieht für Landesverrat die Zuchthausstrafe vor, was den Deutschnationalen nicht genügt. Sie verlangen seine Verschärfung durch Androhung der Todesstrafe auf Landesverrat. Es wird höchste Zeit, daß sich die Republikaner etwas energischer gegen diese Art Justiz, die mit Gerechtigkeit nichts mehr gemein hat, zur Wehr setzen.

Adressen-Aenderung.

Die Büroräume der

Ortsverwaltung Elberfeld und des Gaues 13

befinden sich jetzt

Barmen-A., Wittensteinstr. 2.

Literatur.

Als drittes Heft der **„Gesundheitsbibliothek"** liegt die Arbeit des bekannten Berliner Kinderarztes Dr. Curt Frankenstein: „Wie erhalte ich meinen Säugling gesund?" vor. In dem kleinen, außerordentlich frisch und anregend geschriebenen Heftchen finden Mütter sozialpraktische Ratschläge, eine solche Fülle von unbedingt erforderlichen Verhaltungsmaßnahmen, daß man nur wünschen kann, daß jede Arbeiterfrau diesen knappen und dabei so lehrreichen Leitfaden in die Hände bekommt.

England am Scheidewege. Von Gg. Engelbert Graf. Mit 7 Skizzen und Plänen. Wird das Britische Imperium, das bisher größte Weltreich der Geschichte, bestehen bleiben, wird es zu einem Zusammenstoß zwischen Sowjet-Rußland, Pan-Amerika und dem Britischen Empire kommen? Was hat Europa zu tun, um sich diesen drei Weltmächten gegenüber zu behaupten? Kann Europa länger die Zersplitterung in einige Dutzend Staaten und Städtchen aushalten, ohne dabei zugrunde zu gehen? — Auf diese und ähnliche Fragen gibt Engelbert Grafs Schriftchen Auskunft, in dem der Autor an Hand einer Skizze des historischen Werdens des Britischen Imperiums seine eigenartige Stellung in der Welt wirtschaftlich und politisch fixiert, aufzeigt, wo es in gefährliche Interessengegensätze mit seinen Nachbarn geraten muß und so die Grundlinien der britischen Politik aufhellt. Zum Verständnis der politischen Probleme der Zeit ist das Werkchen unentbehrlich!

Der Rebell und die Demokratie. Von Valeriu Marcu. Umfang 60 Seiten. Preis kartoniert 1,— M. Marcu schreibt sich enttäuschte Liebe und Hoffnungen vom Leibe. So entstanden vier geistreiche, stellenweis sehr amüsante Kapitel vom Sozialismus in Rußland, Frankreich, England und Deutschland, die gleichwohl der tieferen Bedeutung nicht entbehren.

Grundfragen des Arbeitsrechts. Fünf Vorträge von Hugo Sinzheimer, Georg Flatow, Heinz Potthoff, Clemens Nörpel, Lutz Richter. Herausgegeben von Gertrud Hermes. 56 Seiten. 1927. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H. 1,80 Mark.

Die Broschüre will den Zusammenhang zwischen der gewerkschaftlichen arbeitsrechtlichen Praxis und der Wissenschaft befestigen. Sie bietet nicht eine Einführung in Gesetzestexte und Verordnungen ihrem Wortlaut nach, sondern stellt das große Gebiet des Arbeitsrechtes in seinen wissenschaftlichen, politischen und sozialpädagogischen Beziehungen dar. Nach einer allgemeinen Einleitung von Sinzheimer, die in den Geist und die Grundprobleme des Arbeitsrechtes einführt, behandelt Flatow die geschichtliche Entwicklung und den heutigen Stand des Arbeitsrechtes. Potthoff den von der Arbeiterschaft zu fordernden Ausbau, Nörpel die Stellung und die Aufgaben der Gewerkschaften. Ein Schlußkapitel von Lutz Richter ist der Praxis des arbeitsrechtlichen Unterrichts gewidmet. In dieser reichhaltigen Zusammenstellung bietet die Broschüre jedem Gewerkschaftler reiche Belehrung; gemeinverständliche Ausdrucksweise macht sie auch einem weniger geschulten Gewerkschafter zugänglich.

„Gesundheit", Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137.

Die Juni-Nummer der lesenswerten Zeitschrift ist der sozialhygienischen Aufklärung auf dem Lande gewidmet. In der Zeit von Mitte bis Ende Juni wird vom Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung ein Gesundheitsfeldzug auf dem Lande veranstaltet. Die „Gesundheit" bringt u. a. einen Artikel über „Kindererholung in ländlicher Familienpflege", ferner „Die Bedeutung des Rundfunks für die Bekämpfung der kindlichen Infektionskrankheiten" von Prof. Dr. Alfred Lewandowski; „Die Bestrahlung von Nahrungsmitteln" von Dr. Blumenthal; „Gemütsbewegungen des kleinen Kindes" von E. Kaßner; „Schule und Sport" von Paul Baumgarten; „Die Fliegenschlacht" und anderes.

Die „Gesundheit" wird an den Schaltern der Krankenkassen jedem Versicherten unentgeltlich ausgehändigt.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Lindow, Berlin SO.
Verlagsanstalt „Courier", G. m. b. H., Berlin SO.
Druck: Maurer & Dimmick, Berlin, Köpenicker Str. 39-42.